

15 Deutschland in Europa

Auszug aus dem
Datenreport 2016

508 Mill.

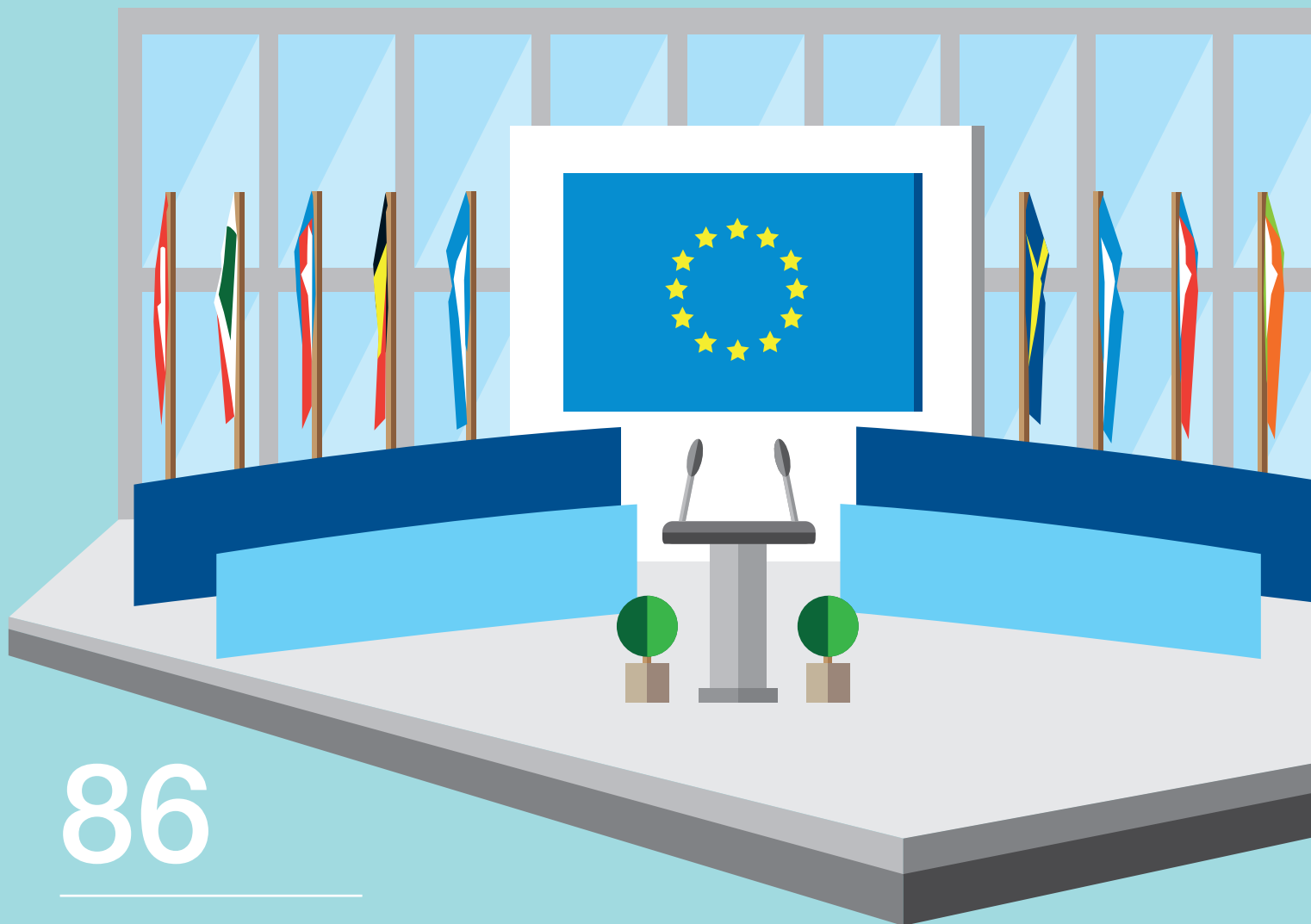
Menschen lebten zum Jahresbeginn 2015
in der Europäischen Union.

45 %

aller EU-weiten Entschei-
dungen über Asylanträge
wurden 2014 positiv
bewertet.

32 %

der EU-Haushalte wurden von
nur einer Person bewohnt.



86

Jahre betrug die durchschnitt-
liche Lebenserwartung eines
2013 in Spanien geborenen
Mädchens. Dies war der höchste
Wert in der EU.

62 %

der Rumänen, aber nur 25 %
der Griechen hatten 2015 ein
positives Bild von der EU.

15 Deutschland in Europa

15.1 Leben in der Europäischen Union

Johanna Mischke

Destatis

Deutschland liegt mitten in Europa und das nicht nur geografisch. Auch kulturell, politisch und wirtschaftlich ist Deutschland fest in europäische Strukturen eingebettet – Deutschland ist Teil der Europäischen Union (EU), einem Staatenverbund mit mittlerweile 28 Mitgliedsländern. Als jüngstes Mitglied trat am 1. Juli 2013 Kroatien bei. ▶ [Abb 1](#)

15.1.1 Bevölkerung

In der EU lebten zum Jahresbeginn 2015 rund 508 Millionen Menschen. Deutschland war mit 81,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern der bevölkerungsreichste, Malta mit rund 430 000 Einwohnern der kleinste Mitgliedstaat. Die Bevölkerungszahl der EU erhöhte sich in den vergangenen Jahren. Allein im Laufe des Jahres 2014 ist sie um insgesamt 1,1 Millionen Menschen angestiegen. In

den einzelnen Ländern verlief die demografische Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich: in 12 Ländern sank die Bevölkerungszahl, in 16 Ländern stieg sie. Zu letzteren zählte auch Deutschland, wo sich die Bevölkerungszahl im Jahr 2014 um rund 400 000 Einwohner erhöhte. ▶ [Tab 1](#)

Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt von zwei Faktoren ab:

1. von der natürlichen Bevölkerungsveränderung, das heißt der Differenz aus Geburtenzahl und Sterbefällen. Einfluss auf die natürliche Bevölkerungsveränderung haben neben der Geburtenrate auch die steigende Lebenserwartung sowie die Stärke der Jahrgänge im potenziellen Elteralter;
2. vom Wanderungssaldo, der sich aus der Differenz von Aus- und Einwanderung ergibt.

▶ Info

Die Daten dieses Kapitels stammen, sofern nicht anders angegeben, vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat). In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten harmonisiert Eurostat nationale Daten, um die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen. Die Zahlen für Deutschland können dadurch von den nationalen Zahlen in den vorangegangenen Kapiteln abweichen. Einige der verwendeten Werte waren bei Redaktionsschluss noch vorläufig oder geschätzt. Zugang zur Eurostat Datenbank und weitere Informationen zu Europa erhalten Sie unter www.destatis.de/europa

► Tab 1 Bevölkerungsentwicklung 2014

	Bevölkerungsstand 1. Januar 2014	Natürliche Bevölkerungs- veränderung	Wanderungs- saldo ¹	Gesamt- saldo	Bevölkerungs- stand 1. Januar 2015
	in Millionen	in 1 000			in Millionen
Belgien	11,2	20,3	34,2	54,4	11,3
Bulgarien	7,2	-41,4	-2,1	-43,5	7,2
Dänemark	5,6	5,5	36,8	42,4	5,7
Deutschland	80,8	-175,0	581,5²	406,5	81,2
Estland	1,3	-1,9	-0,6	-2,5	1,3
Finnland	5,5	5,0	15,4	20,5	5,5
Frankreich	65,8	264,7	31,9	296,6	66,4 ³
Griechenland	10,9	-21,8	-92,5	-114,3	10,8
Irland	4,6	37,2	-16,8	20,4	4,6
Italien	60,8	-95,8	108,7	12,9	60,8
Kroatien	4,2	-11,3	-10,2	-21,5	4,2
Lettland	2,0	-6,7	-8,7	-15,4	2,0
Litauen	2,9	-9,9	-12,3	-22,2	2,9
Luxemburg	0,5	2,2	11,0	13,3	0,6
Malta	0,4	0,9	3,0	4,0	0,4
Niederlande	16,8	36,0	35,5	71,4	16,9
Österreich	8,5	3,5	74,6	78,0	8,6
Polen	38,0	-1,3	-10,9	-12,2	38,0
Portugal	10,4	-22,4	-30,1	-52,5	10,4
Rumänien	19,9	-69,5	-16,4	-85,9	19,9
Schweden	9,6	25,9	76,6	102,5	9,7
Slowakei	5,4	3,7	1,7	5,4	5,4
Slowenien	2,1	2,3	-0,5	1,8	2,1
Spanien	46,5	30,0	-102,3	-72,3	46,4
Tschechische Republik	10,5	4,2	21,7	25,9	10,5
Ungarn	9,9	-33,0	4,6	-28,4	9,8
Vereinigtes Königreich	64,4	206,0	210,0	416,0	64,8
Zypern	0,9	4,0	-15,0	-11,0	0,8
EU	506,9	161,4	928,8	1 090,2	508,2³

1 Ohne Asylsuchende.

2 Das Statistische Bundesamt veröffentlicht einen Wanderungssaldo in Höhe von 550 000 Personen. Eurostat schließt in den Wanderungssaldo für Deutschland noch bestandsrelevante Korrekturen in Höhe von rund 31 000 Personen mit ein.

3 Durch einen Zeitreihenbruch bei Frankreich ergibt sich die Gesamtbevölkerung 2015 nicht aus der Bevölkerungsveränderung im Jahr 2014 (Differenz von 220 300 Personen).

Natürliche Bevölkerungsveränderung

Damit die Bevölkerungszahl eines Landes ohne Wanderungsüberschüsse auf einem konstanten Niveau bleibt, muss in hoch entwickelten Ländern jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen. Wenn die Geburtenziffer darunter liegt, wird jede folgende Generation – und damit auch die Zahl der potenziellen Mütter – kleiner als

die vorherige. Frankreich und Irland erreichten 2013 als einzige EU-Staaten mit 2,0 Kindern je Frau noch annähernd diesen Wert. Die geringste Geburtenhäufigkeit verzeichnete Portugal mit 1,2 Kindern je Frau. In Deutschland lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,4 Kindern je Frau. Bei diesem niedrigen Wert umfasst die Kindergeneration rund ein Drittel weniger Menschen als die Elterngeneration. Die

► Tab 2 Zusammengefasste
Geburtenziffer – Kinder je Frau

	1983	2013
Belgien	1,6	1,8
Bulgarien	2,0	1,5
Dänemark	1,4	1,7
Deutschland	1,4¹	1,4
Estland	2,2	1,5
Finnland	1,7	1,8
Frankreich (ohne Überseegebiete)	1,8	2,0 ²
Griechenland	1,9	1,3
Irland	2,7	2,0
Italien	1,5	1,4
Kroatien	.	1,5
Lettland	.	1,5
Litauen	2,1	1,6
Luxemburg	1,4	1,6
Malta	1,9 ³	1,4
Niederlande	1,5	1,7
Österreich	1,6	1,4
Polen	.	1,3
Portugal	2,0	1,2
Rumänien	2,1	1,4
Schweden	1,6	1,9
Slowakei	2,3	1,3
Slowenien	1,8	1,6
Spanien	1,8	1,3
Tschechische Republik	2,0	1,5
Ungarn	1,8	1,4
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8
Zypern	2,5	1,3
EU	.	1,6

1 Früheres Bundesgebiet und Gebiet der ehemaligen DDR, Wert: Statistisches Bundesamt.

2 2012.

3 1981.

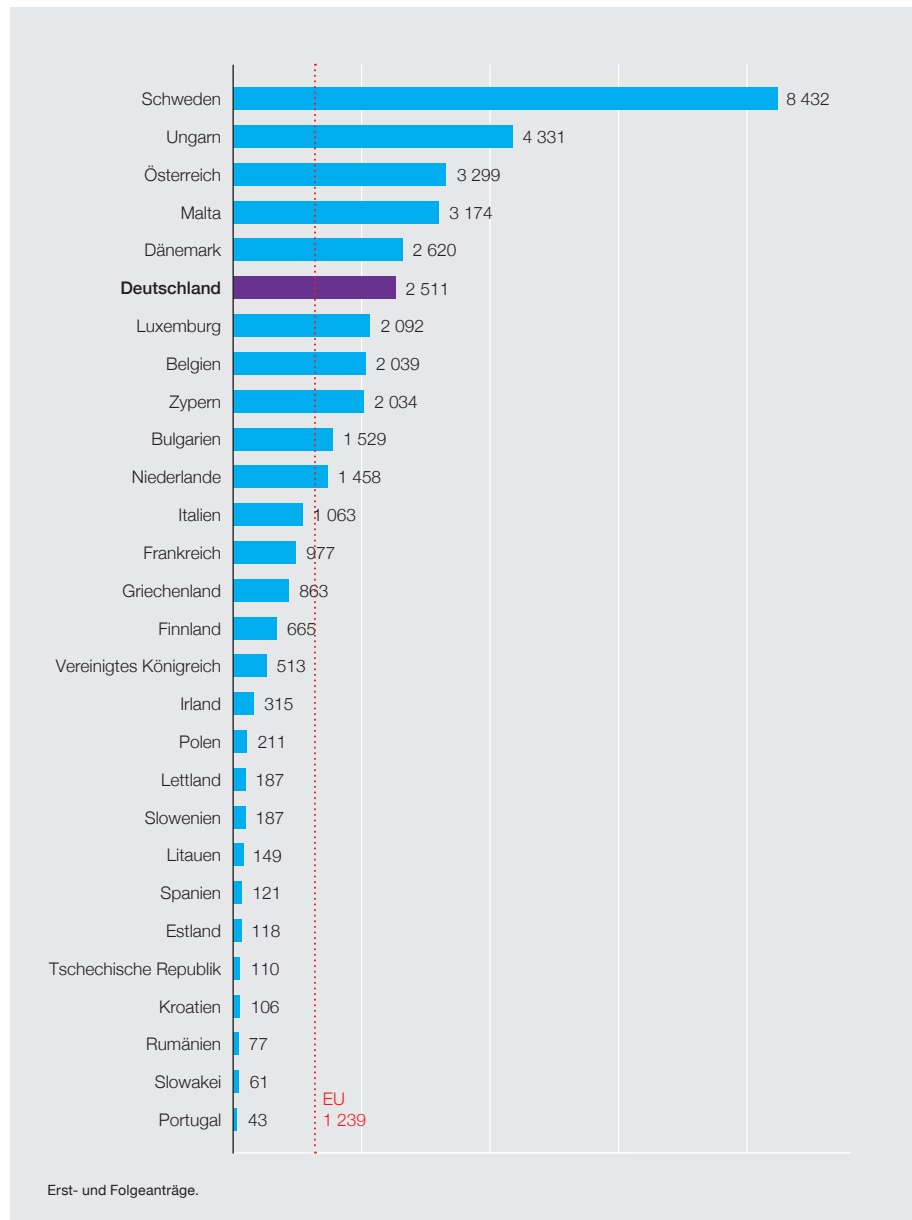
. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

niedrigen durchschnittlichen Kinderzahlen je Frau haben Folgen: Im Jahr 2014 wurden in der EU rund 5,1 Millionen Kinder geboren. Das waren rund eine Million weniger als noch 1984 – obwohl 2014 rund 40 Millionen mehr Menschen als damals in den 28 heutigen EU-Staaten lebten. In zwölf EU-Staaten werden mittlerweile weniger Kinder geboren als Menschen sterben, so zum Beispiel in Deutschland und Italien. ► Tab 2

► **Tab 3 Lebenserwartung von Neugeborenen 2013 — in Jahren**

	Männlich	Weiblich
Belgien	78	83
Bulgarien	71	79
Dänemark	78	82
Deutschland	79	83
Estland	73	82
Finnland	78	84
Frankreich	79	86
Griechenland	79	84
Irland	79	83
Italien	80	85
Kroatien	75	81
Lettland	69	79
Litauen	69	80
Luxemburg	80	84
Malta	80	84
Niederlande	80	83
Österreich	79	84
Polen	73	81
Portugal	78	84
Rumänien	72	79
Schweden	80	84
Slowakei	73	80
Slowenien	77	84
Spanien	80	86
Tschechische Republik	75	81
Ungarn	72	79
Vereinigtes Königreich	79	83
Zypern	80	85
EU	78	83

► **Abb 2 Asylanträge 2014 — je 1 Million Einwohner**



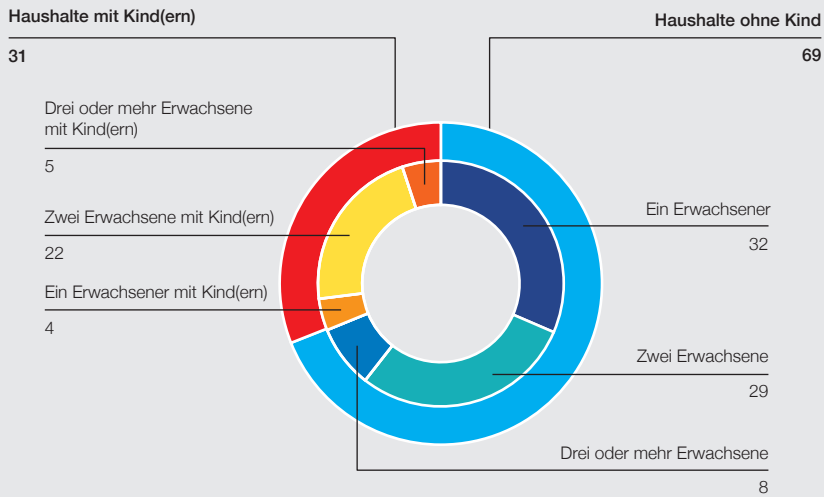
Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in allen EU-Ländern in den vergangenen Jahrzehnten um mehrere Jahre gestiegen. Es gibt aber deutliche regionale Unterschiede: So hatte ein Junge, der 2013 in Italien, Schweden oder Spanien geboren wurde, eine durchschnittliche Lebenserwartung von

80 Jahren. In Litauen und Lettland waren es mehr als zehn Jahre weniger. In Deutschland hatten neugeborene Jungen Aussicht auf 79 Lebensjahre. Frauen verzeichneten in allen EU-Ländern eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer. Im EU-Durchschnitt betrug die Differenz im Jahr 2013 mehr als fünf Jahre.

Doch auch hier gab es von Land zu Land Unterschiede: 86 Jahre lagen im Durchschnitt vor einem 2013 in Spanien geborenen Mädchen. In Lettland, Bulgarien und Rumänien waren es mehr als sieben Jahre weniger. Neugeborene Mädchen in Deutschland hatten eine Lebenserwartung von 83 Jahren. Die im EU-Vergleich

► Abb 3 EU-Bevölkerung nach Haushaltstyp 2014 — in Prozent



Als Kinder gelten alle unter 18 Jahren sowie zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie in Ausbildung beziehungsweise nicht arbeitsuchend/erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben.

deutlich niedrigere Lebenserwartung in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas hat mehrere Gründe, unter anderem der im Vergleich zu Westeuropa niedrigere Lebensstandard, die schlechtere Gesundheitsversorgung, schwerere Arbeitsbedingungen sowie andere Ernährungsgegewohnheiten. ► Tab 3

Wanderungsströme

Zu den 13 EU-Staaten, aus denen 2014 mehr Menschen weg als zuzogen, gehörten vor allem Portugal, Griechenland und Spanien. Die mit Abstand größte Nettoabwanderung verzeichnete Spanien: Es wanderten rund 102 000 Personen mehr ab als zu. Ein Zuwanderungsplus hingegen wiesen 15 EU-Staaten auf. Die höchsten Werte erreichten dabei Deutsch-

land und das Vereinigte Königreich. Deutschland verzeichnete eine Nettozuwanderung von rund 582 000 Personen (ohne Asylsuchende), das Vereinigte Königreich von 210 000 Menschen. Detaillierte Daten aus dem Jahr 2013 zeigen, dass in Deutschland die Mehrheit der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus anderen EU-Staaten stammte, während in das Vereinigte Königreich mehr Menschen aus Nicht-EU-Staaten kamen.

Asyl

Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber, die in der EU Schutz suchen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2014 wurden in den 28 EU-Staaten rund 628 000 Asylanträge gestellt (Erst- und Folgeanträge). Die

meisten Menschen kamen aus Syrien (19 %), Afghanistan (7 %) sowie dem Kosovo (6 %). Hauptzielland innerhalb der EU war Deutschland mit rund 203 000 Asylanträgen im Jahr 2014. Es folgten Schweden (81 300 Anträge), Italien (64 600 Anträge) und Frankreich (64 300 Anträge). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verzeichnete Schweden die höchste Quote mit rund 8 400 Anträgen je 1 Million Einwohner. In Deutschland waren es 2 500 Anträge je 1 Million Einwohner. ► Abb 2

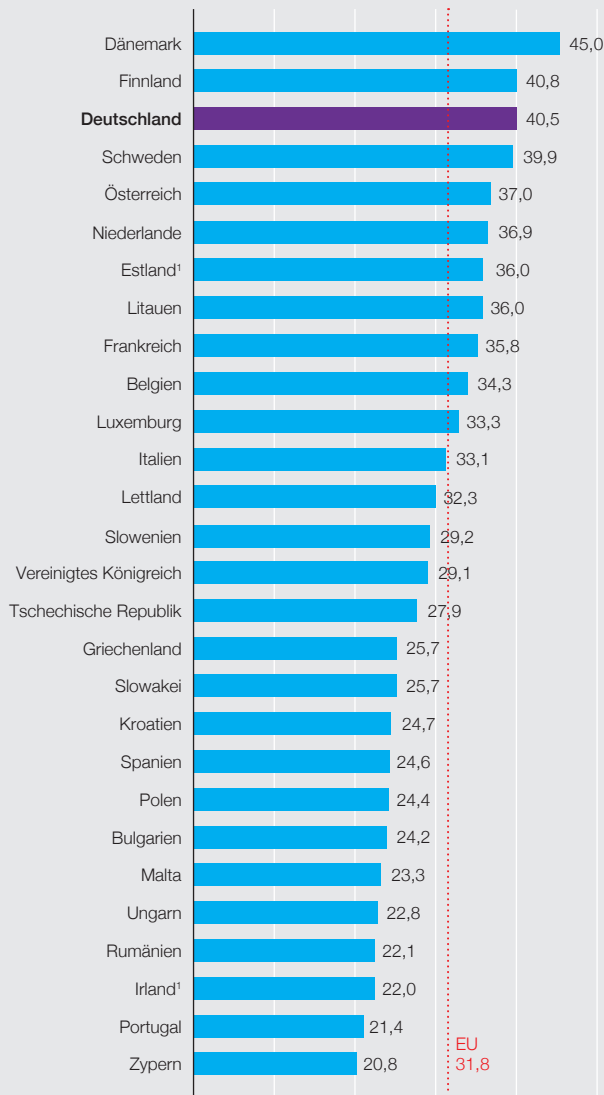
Im Jahr 2014 wurden in erster Instanz rund 358 000 Asylanträge entschieden, 45 % davon positiv. Die Anerkennungsrate lag damit höher als 2013 (33 %). Die Chancen auf ein Bleiberecht sind jedoch höchst unterschiedlich: EU-weit wurden 2014 rund 95 % der Anträge von Flüchtlingen aus Syrien anerkannt, von Flüchtlingen aus Afghanistan 63 %, aus dem Kosovo hingegen nur 6 %. Auch Menschen aus anderen Balkanstaaten haben kaum Aussicht auf Asyl: Die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten Mazedonien, Serbien sowie Bosnien und Herzegowina lagen jeweils unter 5 %.

15.1.2 Haushalts- und Familienstrukturen

Geringe Kinderzahlen, ein verändertes Mobilitäts- und Arbeitsverhalten, niedrige Ehe- und hohe Scheidungsziffern haben Auswirkungen auf die Form des Zusammenlebens. Nur in 31 % der EU-Haushalte lebten 2014 Kinder. Der häufigste Haushaltstyp war der Singlehaushalt: Im Jahr 2014 lebte in fast jedem dritten Haushalt (32 %) in der EU nur eine Person. ► Abb 3

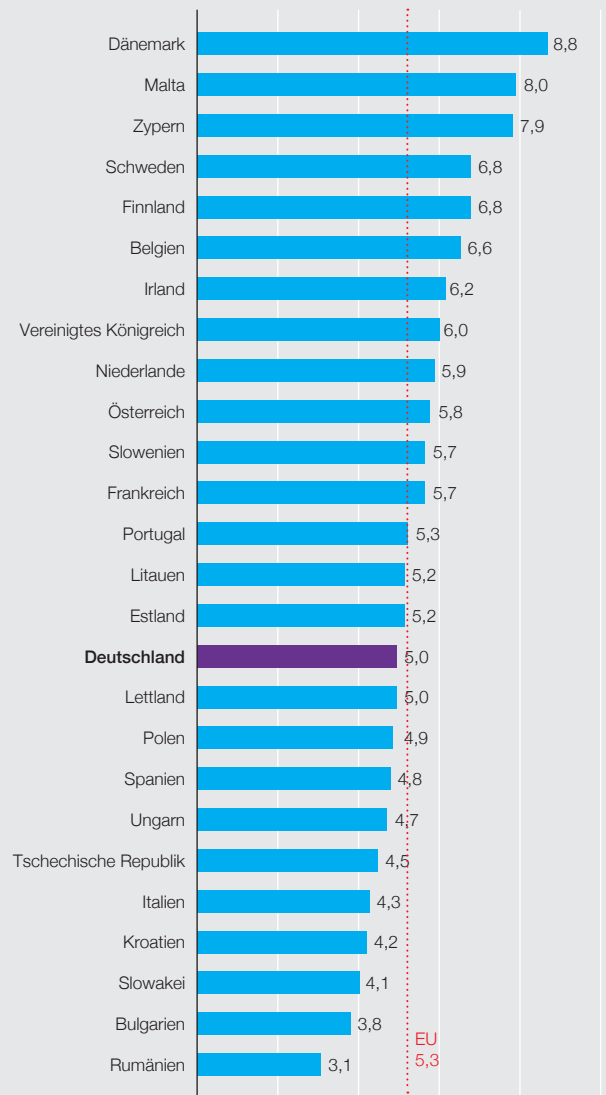
Das Alleinleben war am stärksten in Dänemark verbreitet, wo bereits in 45 % aller Haushalte nur eine Person lebte. Eine hohe Quote von jeweils 41 % verzeichneten auch Deutschland und Finnland. Im Süden Europas lebten deutlich weniger Menschen allein: In Portugal und Zypern (je 21 %) war nur rund jeder fünfte Haushalt ein Einpersonenhaushalt. ► Abb 4

► **Abb 4 Einpersonenhaushalte 2014**
 – in Prozent aller Haushalte



1 2013.

► **Abb 5 Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung 2011**
 – in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ergebnisse für Griechenland und Luxemburg liegen nicht vor.
 EU-Wert enthält geschätzte Daten für Griechenland und Luxemburg.

15.1.3 Bildung und Forschung

Ein erstklassiges Bildungssystem ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Europas Zukunftsfähigkeit in der globalisierten Welt. Die EU-Mitgliedstaaten wenden jedoch sehr unterschiedliche Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) dafür auf.

Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung

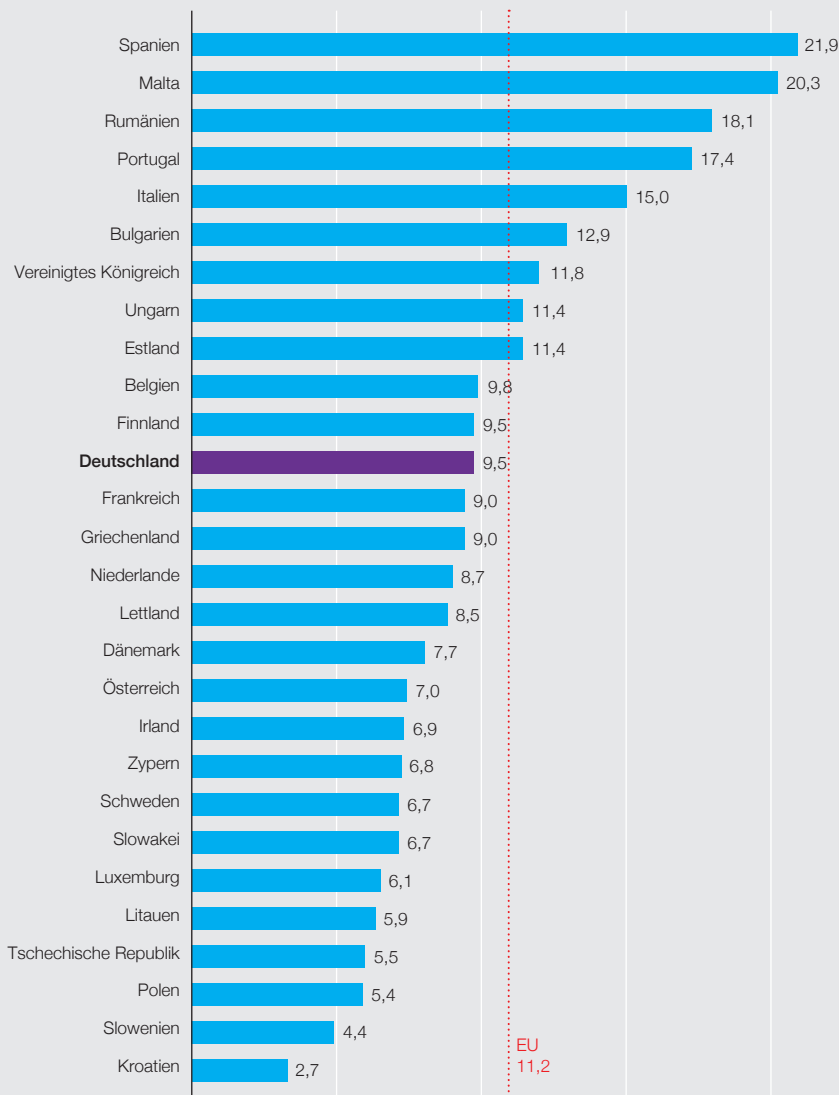
Den größten Anteil für sein Bildungswesen gab 2011 Dänemark mit 8,8% des BIP aus. Auch andere Nachbarstaaten Deutschlands investierten überdurchschnittlich viel, so zum Beispiel Belgien (6,6%), die Niederlande (5,9%) und auch

Frankreich (5,7%). Deutschland lag mit einem Anteil von 5,0% des BIP unter dem EU-Durchschnitt von 5,3%. ► [Abb 5](#)

Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger

Junge Menschen, die die Schule frühzeitig oder nur mit einem niedrigen Bildungs-

► **Abb 6 Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger 2014**
 – in Prozent aller 18- bis 24-Jährigen



Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden und höchstens den Sekundarbereich I abgeschlossen haben.

abschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss. Die EU hat sich deshalb im Rahmen ihrer Zukunftsstrategie »Europa 2020« das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger in der EU bis zum Jahr 2020 auf 10 %

aller 18- bis 24-Jährigen zu reduzieren. Frühe Schulabgänger sind junge Menschen, die höchstens den Sekundarbereich I (siehe Kapitel 3.1, Abbildung 1, Seite 80) abgeschlossen haben und sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden. Im Jahr 2014 ist die Quote in der EU auf den bislang niedrigsten Wert von

► Info 1

»Europa 2020«

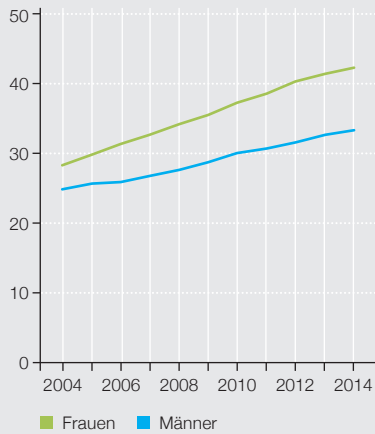
»Europa 2020« ist die auf das Jahr 2020 ausgerichtete politische Strategie der Europäischen Union. Ziel ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten. Dafür wurden in den fünf Bereichen Beschäftigung, Forschung, Umwelt, Bildung und Armutsbekämpfung messbare Ziele aufgestellt, die bis zum Jahr 2020 erreicht werden sollen.

11 % gesunken. Die höchsten Quoten verzeichneten die südeuropäischen Staaten Spanien (22 %) und Malta (20 %). Beide Staaten konnten die Abbrecherquoten in den vorausgegangenen Jahren aber bereits sehr deutlich senken. In einigen östlich gelegenen EU-Staaten sind frühzeitige Schulabgänger hingegen sehr selten, so vor allem in Kroatien (3 %) und Slowenien (4 %). In Deutschland lag der Anteil bei 10 %. Junge Männer verließen in allen EU-Staaten, außer Bulgarien, häufiger frühzeitig die Schule als junge Frauen. ► [Info 1, Abb 6](#)

Hohe Bildungsabschlüsse

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen (ohne Gesundheits- und Sozialberufe), Meisterkurse, Technikerschulen, Fachakademien sowie Ausbildungsstätten/Schulen für Erzieherinnen und Erzieher. Laut der Zukunftsstrategie der EU »Europa 2020« sollen im Jahr 2020 mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Abschluss im Tertiärbereich verfügen. Tatsächlich steigt die EU-weite Quote seit vielen Jahren. Im Jahr 2014 lag sie bereits bei 38 % und damit 11 Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2004 (27 %). Dabei hatten 17 EU-Länder 2014 die für 2020 angestrebte Zielmarke von 40 % bereits erreicht. Dazu zählten unter anderem Litauen, Luxem-

► **Abb 7** 30- bis 34-Jährige in der EU mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich – in Prozent



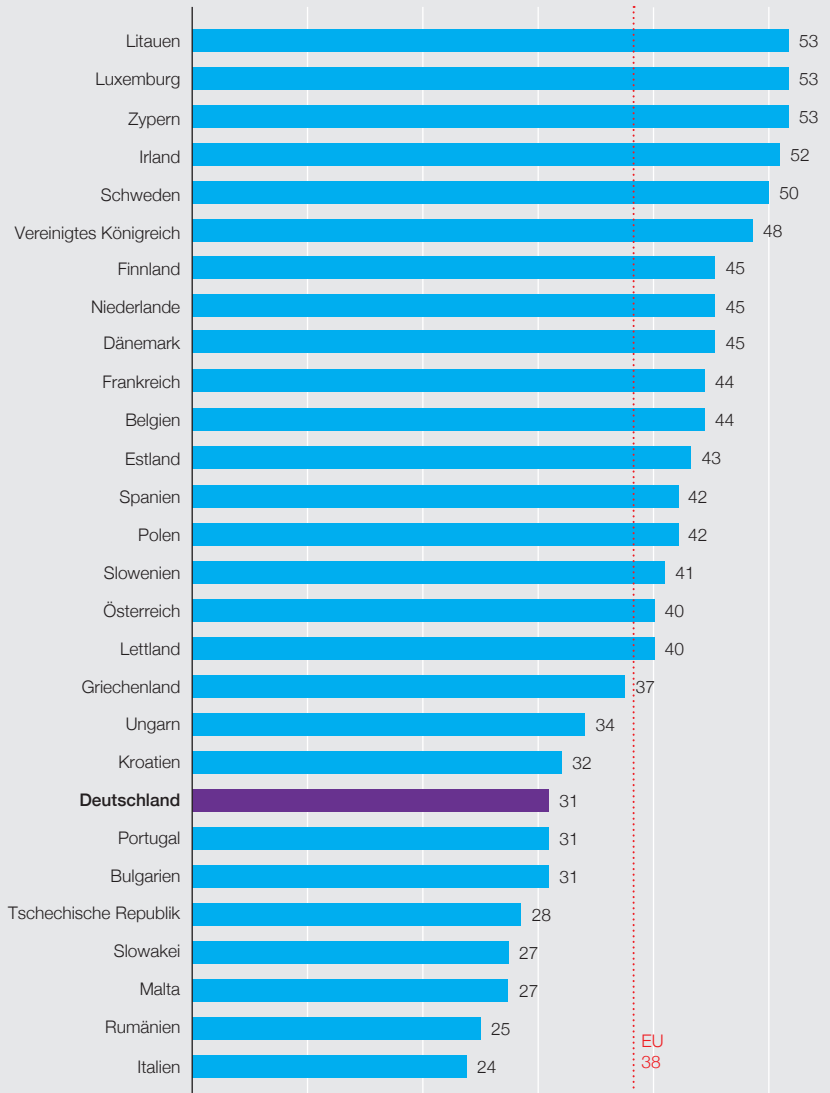
Hochschul- oder gleichwertiger Abschluss ISCED-Stufe 5 bis 8. Siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2.

burg und Zypern (je 53 %), das Vereinigte Königreich (48 %) und Frankreich (44 %). Deutschland lag unter dem EU-Durchschnitt: Hierzulande verfügten 31 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss. EU-weit besaßen in dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen (42 %) als Männer (34 %) einen weiterführenden Abschluss. Dieser Abstand ist in den vergangenen Jahren größer geworden. ► [Abb 7](#), [Abb 8](#)

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium im sogenannten Tertiärbereich A aufnimmt. In Deutschland zählen dazu alle Hochschulen außer den Verwaltungsfachhochschulen. Der Vergleich von 21 EU-Staaten anhand von OECD-Daten für das Jahr 2013 zeigt, dass die Studienanfängerquote in Deutschland mit 59 % im Mittelfeld lag. Niedriger war sie zum Beispiel in Italien (42 %), höher unter anderem in Dänemark (87 %).

► **Abb 8** 30- bis 34-Jährige mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich 2014 – in Prozent



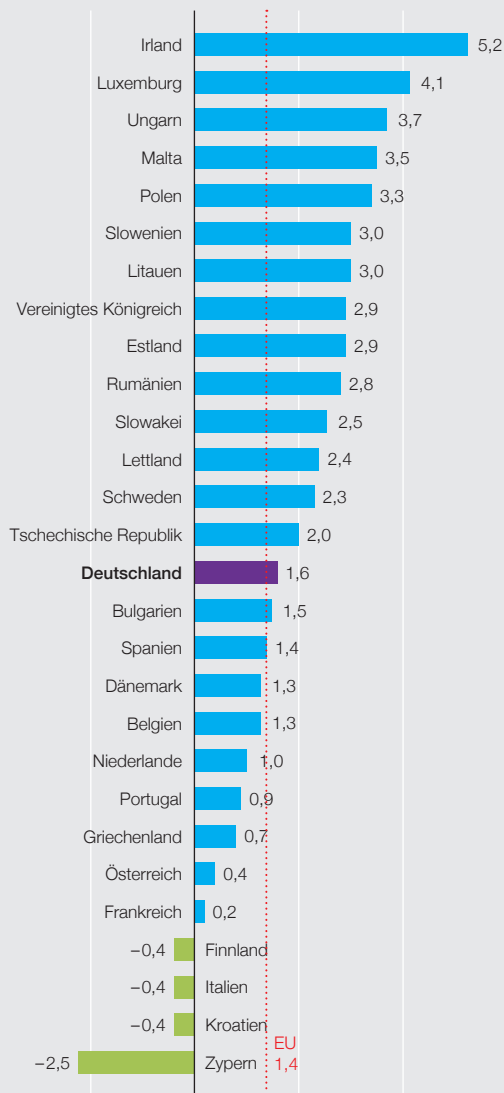
Hochschul- oder gleichwertiger Abschluss ISCED-Stufe 5 bis 8. Siehe Kapitel 2.1, Seite 45, Info 2.

Forschung und Entwicklung

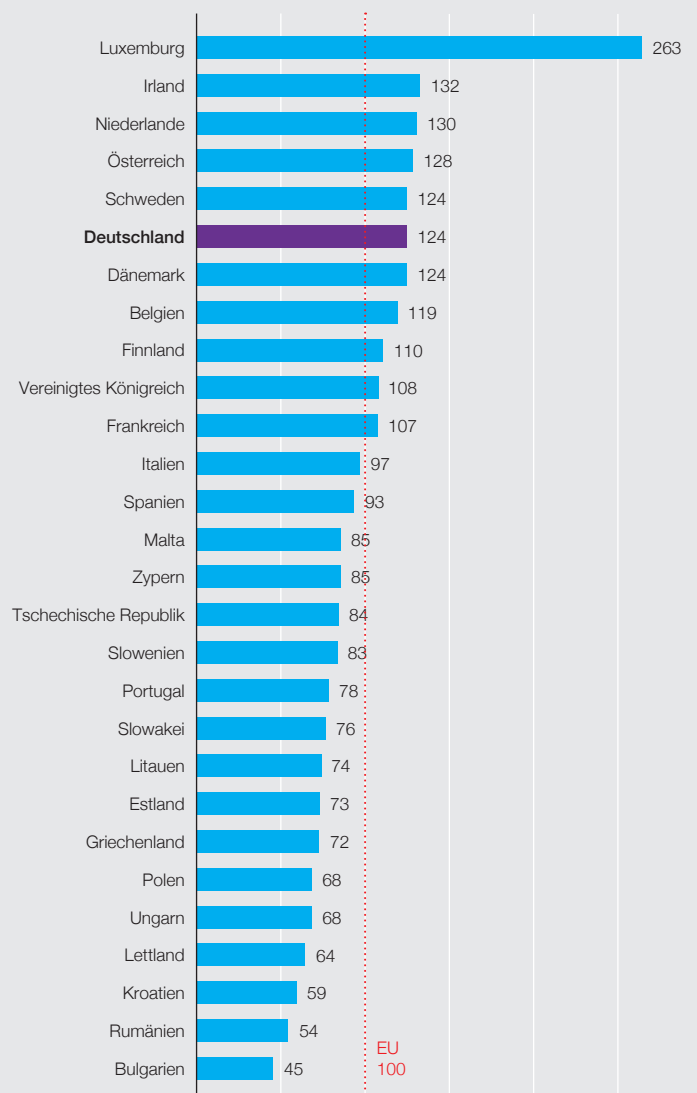
Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, müssen die europäischen Volkswirtschaften gute Rahmenbedingungen für die Wissenschaft bieten. Die EU-weiten jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sollen deshalb gemäß der Zukunftsstrategie der EU bis

2020 jährlich mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen. Diese Zielmarke hatten 2014 Finnland und Schweden (je 3,2 %) sowie Dänemark (3,1 %) bereits überschritten. Deutschland lag mit rund 2,8 % des BIP an fünfter Stelle und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,0 %.

► **Abb 9** Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2014 im Vergleich zum Vorjahr – in Prozent



► **Abb 10** Wirtschaftsleistung pro Kopf unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2014 – Index EU = 100



15.1.4 Wirtschaft

Wirtschaftsleistung

Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU lag 2014 bei rund 13,9 Billionen Euro. Davon erwirtschaftete Deutschland, die größte Volkswirtschaft der EU, mehr als ein Fünftel (2,9 Billionen Euro). Im

Jahr 2014 wuchs die Wirtschaftsleistung der EU um 1,4%. Die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 belastet die Volkswirtschaften und öffentlichen Haushalte vieler EU-Staaten aber weiterhin. So schrumpfte die Wirtschaftsleistung Zyperns, Italiens und Finnlands im Jahr 2014 bereits das dritte Jahr, die

von Kroatien sogar bereits das sechste Jahr in Folge. In den anderen 24 EU-Staaten erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt 2014 im Vergleich zum Vorjahr. Darunter war auch Griechenland, das zum ersten Mal seit 2007 wieder ein leichtes Plus von 0,7% verzeichnete. Das stärkste Wirtschaftswachstum verzeichnete 2014 Irland (5,2%),

► Tab 4 Die Entwicklung der Eurozone

Beitrittsjahr	Mitgliedstaat	Anzahl der Mitglieder
1999	Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien	11
2001	Griechenland	12
2007	Slowenien	13
2008	Malta, Zypern	15
2009	Slowakei	16
2011	Estland	17
2014	Lettland	18
2015	Litauen	19

► Tab 5 Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) 2014

	Preisentwicklung (Inflationsrate)	Öffentliches Defizit	Öffentlicher Schuldenstand
	in %	in % des BIP	
Eurozone (19 Staaten)	0,4	-2,6	92
Belgien	0,5	-3,1	107
Deutschland	0,8	0,3	75
Estland	0,5	0,7	10
Finnland	1,2	-3,3	59
Frankreich	0,6	-3,9	96
Griechenland	-1,4	-3,6	179
Irland	0,3	-3,9	108
Italien	0,2	-3,0	132
Lettland	0,7	-1,5	41
Litauen	0,2	-0,7	41
Luxemburg	0,7	1,4	23
Malta	0,8	-2,1	68
Niederlande	0,3	-2,4	68
Österreich	1,5	-2,7	84
Portugal	-0,2	-7,2	130
Slowakei	-0,1	-2,8	54
Slowenien	0,4	-5,0	81
Spanien	-0,2	-5,9	99
Zypern	-0,3	-8,9	108
EU-Staaten außerhalb der Eurozone			
Bulgarien	-1,6	-5,8	27
Dänemark	0,3	1,5	45
Kroatien	0,2	-5,6	85
Polen	0,1	-3,3	50
Rumänien	1,4	-1,4	40
Schweden	0,2	-1,7	45
Tschechische Republik	0,4	-1,9	43
Ungarn	0,0	-2,5	76
Vereinigtes Königreich	1,5	-5,7	88

gefolgt von Luxemburg (4,1 %) und Ungarn (3,7 %). In Deutschland lag die Wachstumsrate bei 1,6 %. ► Abb 9

Wirtschaftsleistung pro Kopf

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der unterschiedlichen Kaufkraft des Geldes in den einzelnen Ländern lag die deutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf 2014 rund 24 % über dem EU-Durchschnitt und im EU-Ländervergleich gemeinsam mit Schweden und Dänemark an fünfter Stelle. Die Spitzenposition nahm Luxemburg ein, dessen BIP pro Kopf preisniveaubereinigt weit mehr als doppelt so viel wie der EU-Durchschnitt betrug. An zweiter Stelle stand Irland. Vergleichsweise wirtschaftsschwach waren hingegen Bulgarien und Rumänien sowie alle anderen seit 2004 beigetretenen EU-Staaten. ► Abb 10

15.1.5 Finanzen

Für die Teilnahme an der Eurozone fordert der Europäische Rat im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts Haushaltsdisziplin. Demnach soll das jährliche öffentliche Defizit eines Staates maximal 3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen, der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des nominalen BIP erreichen und die Preisentwicklung stabil sein (sogenannte Maastrichter Konvergenzkriterien). Der Eurozone gehören gegenwärtig 19 EU-Länder an. Als jüngstes Mitglied trat Litauen zum Jahresbeginn 2015 bei. ► Tab 4

Öffentliches Defizit (Staatsdefizit beziehungsweise -überschuss)

Das durchschnittliche öffentliche Defizit in der Eurozone lag 2014 bei -2,6 % des BIP. Insgesamt verfehlten 9 von 19 Eurozonen-Ländern die 3 %-Marke und das zum Teil sehr deutlich: So lag das Staatsdefizit in Spanien bei -5,9 % und in Zypern bei -8,9 % des jeweiligen BIP. Zu den Ländern der Eurozone, die einen Überschuss erzielten, gehörten Deutschland (0,3 % des BIP) sowie Estland (0,7 % des BIP) und Luxemburg (1,4 % des BIP). Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone waren Bulgarien und das Verei-

nigte Königreich mit einem Defizit von –5,8% beziehungsweise –5,7% des BIP die Schlusslichter. ▶ [Tab 5](#)

Öffentlicher Schuldenstand

Auch der öffentliche Schuldenstand bleibt weiterhin hoch: Im Jahr 2014 überstieg er in 13 der 19 Eurozonen-Länder den vereinbarten Referenzwert von 60% des BIP. Unverändert kritisch war die Lage der öffentlichen Haushalte vor allem in Griechenland. Dort betrug der Schuldenstand 2014 rund 179% des BIP. Sehr hoch war er auch in Italien (132%), Portugal (130%) sowie Irland (108%), das zuletzt seinen Schuldenstand allerdings verringern konnte. Auch Deutschland baute Schulden ab, sie lagen 2014 aber immer noch bei 75% des BIP. Die 60%-Marke wurde hierzulande letztmalig 2002 eingehalten. Außerhalb der Eurozone hielten 2014 sechs von neun EU-Ländern beim Schuldenstand den Referenzwert von 60% des BIP ein, Ungarn, Kroatien und das Vereinigte Königreich nicht.

Preisentwicklung

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem »Europäischen System der Zentralbanken« (ESZB). Nach der Definition der Europäischen Zentralbank ist Preisniveaustabilität in der Eurozone gegeben, wenn die Inflationsrate (das heißt die Veränderungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex) nahe oder unter 2% gegenüber dem Vorjahr liegt. Im Jahr 2014 überstieg die Inflationsrate in keinem Euroland den Wert von 1,5%. Deutschland zum Beispiel verzeichnete nur eine leichte Preissteigerung von 0,8%. In fünf Staaten der Eurozone, darunter Griechenland (–1,4%) und Spanien (–0,2%), wurde sogar Deflation verzeichnet. Unter den EU-Staaten außerhalb der Eurozone verzeichnete Bulgarien (–1,6%) eine negative Preisentwicklung, in den übrigen Ländern lag sie ebenfalls unter der 2%-Marke. Ein wichtiger Grund waren die stark gesunkenen Energiekosten.

15.1.6 Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit

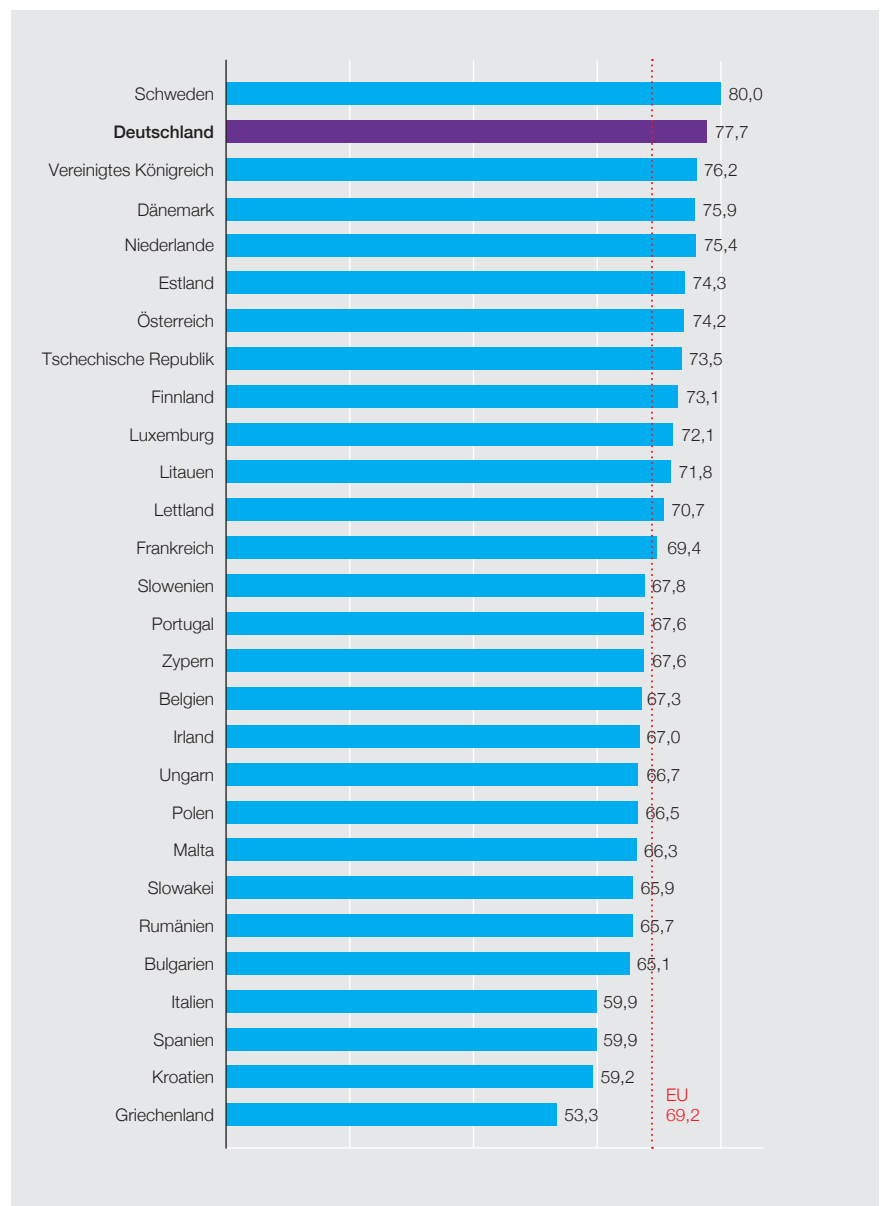
Im Rahmen ihrer Zukunftsstrategie »Europa 2020« verfolgen die EU-Staaten das Ziel, die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2020 auf 75% zu erhöhen. Dieses Ziel erfüllten fünf EU-Staaten bereits im Jahr 2014, darunter auch Deutschland mit rund 78%.

Die höchste Erwerbstätigenquote erreichte Schweden mit 80%. Am weitesten von der 75%-Zielmarke entfernt lagen Griechenland (53%) sowie Kroatien (59%). ▶ [Abb 11](#), [Info 2](#)

Beschäftigungsentwicklung

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 waren in den vergangenen Jahren auf dem europäischen

▶ **Abb 11** Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen 2014 — in Prozent



► Info 2

Arbeitsmarkt Definitionen

Nach dem hier angewandten Erwerbsstatuskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind **Erwerbstätige** Personen, die in der statistischen Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung beziehungsweise als Selbstständige arbeiteten oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie nur vorübergehend abwesend waren, zum Beispiel aufgrund von Krankheit, Urlaub oder Elternzeit.

Erwerbslose sind nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation Personen, die in der statistischen Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort kurzfristig zur Verfügung standen, in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Die **Erwerbstätigenquote** bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

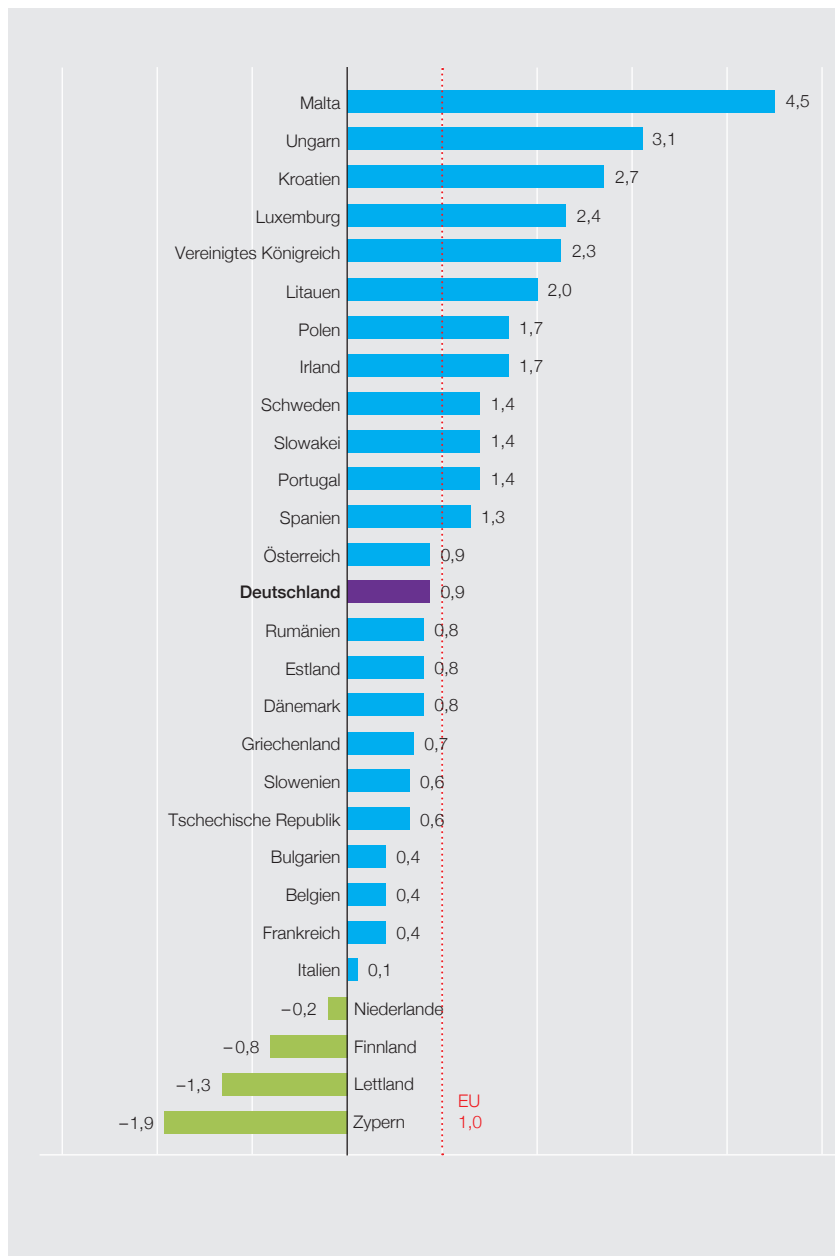
Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die **Erwerbsbevölkerung** besteht aus allen Personen, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten und dabei entweder erwerbstätig oder erwerbslos sind. Die hier genannte **Erwerbslosenquote**, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Arbeitslosenquote, die sich nur auf die bei der Bundesagentur registrierten Arbeitslosen bezieht.

Arbeitsmarkt deutlich zu spüren. Doch 2014 gab es erstmals wieder leichte Zeichen der Entspannung: So verzeichneten Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Portugal, Rumänien, Slowenien und Spanien nach jeweils fünf Jahren mit Beschäftigtenverlusten erstmals wieder ein Plus. In Deutschland hält das Beschäftigungswachstum bereits seit neun Jahren an. Im Jahr 2014 lag es bei 0,9%. EU-weiter Spitzenreiter war Malta mit einem Plus von 4,5%. ► [Abb 12](#)

Ältere Erwerbstätige

Obwohl die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in der EU in den vergan-

► **Abb 12** Beschäftigungsentwicklung 2014 im Vergleich zum Vorjahr — in Prozent

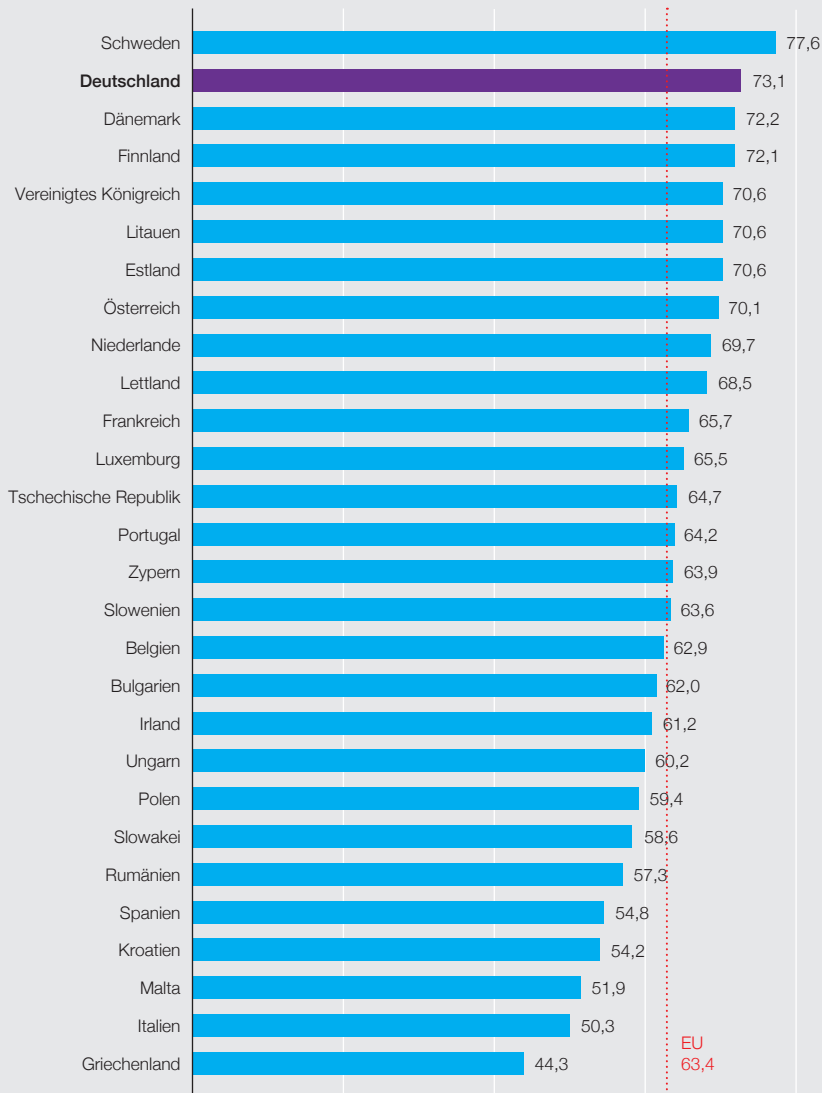


genen Jahren deutlich stieg, betrug sie 2014 lediglich 52%. Der EU-weite Vergleich verdeutlicht zudem große Unterschiede: In Nordeuropa lagen die Erwerbstätigenquoten der 55- bis 64-Jährigen am höchsten. So gingen 2014 in Schweden 74% der Älteren einer Arbeit

nach. Deutschland lag mit rund 66% auf dem zweiten Platz. Die geringste Quote in dieser Altersklasse wies Griechenland auf. Dort war nur rund jeder Dritte (34%) der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig.

In Deutschland wird das reguläre Renteneintrittsalter gegenwärtig schritt-

► **Abb 13** Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren 2014 – in Prozent



weise von 65 Jahren auf 67 Jahre angehoben, in einigen anderen EU-Ländern gibt es eine ähnliche Entwicklung. Doch noch gehen EU-weit die meisten Menschen spätestens rund um den 65. Geburtstag in Rente. Von den über 65-Jährigen waren 2014 EU-weit nur noch rund

5% erwerbstätig. Diese Quote ist seit mehreren Jahren weitgehend stabil.

Frauenerwerbstätigkeit

Immer mehr Frauen in der EU gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie dennoch weiterhin weniger

stark vertreten als Männer. So betrug 2014 in der EU die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-jährigen Frauen 63%, die der gleichaltrigen Männer hingegen 75%. Am häufigsten beteiligten sich die Frauen in Schweden am Erwerbsleben (78%). Auf Platz 2 lag Deutschland mit 73% vor Dänemark und Finnland mit je 72%. Am niedrigsten war die Erwerbstätigenquote der Frauen in Griechenland (44%). ► [Abb 13](#)

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

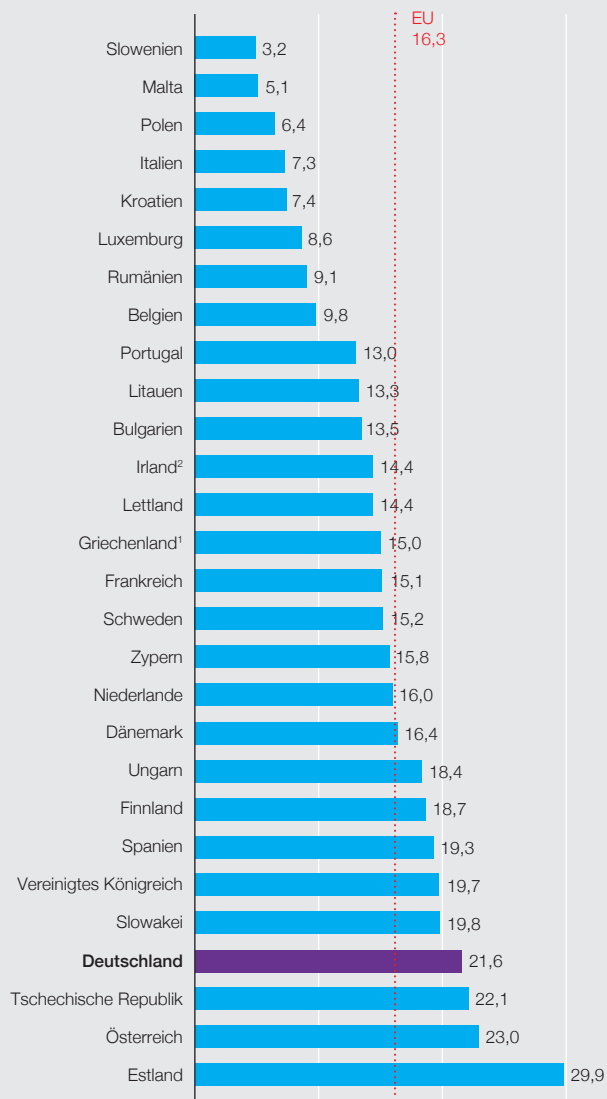
Frauen in Deutschland verdienen im Durchschnitt rund ein Fünftel weniger als Männer: Der Gender Pay Gap, gemessen am durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer, lag 2013 in Deutschland bei 22%. Einen ebenso hohen beziehungsweise höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand wiesen in der EU nur die Tschechische Republik (22%), Österreich (23%) und Estland (30%) auf. Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen 16% weniger je Stunde als Männer. Das Land mit dem europaweit geringsten Unterschied im Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen war Slowenien mit 3%. Die Daten beziehen sich auf den unbereinigten Gender Pay Gap. Das heißt, die Verdienstunterschiede erklären sich zum großen Teil aus strukturellen Unterschieden, zum Beispiel dadurch, dass Frauen und Männer nicht vergleichbare Positionen besetzen, unterschiedlich häufig teilzeitbeschäftigt sind und bei der Berufs- und Branchenwahl andere Schwerpunkte setzen. ► [Abb 14](#)

Aber selbst bei vergleichbarer Tätigkeit und äquivalenter Qualifikation verdienen Frauen weniger als Männer. Dieser bereinigte Gender Pay Gap wurde für Deutschland zuletzt 2010 berechnet und betrug 7%.

Teilzeitbeschäftigung

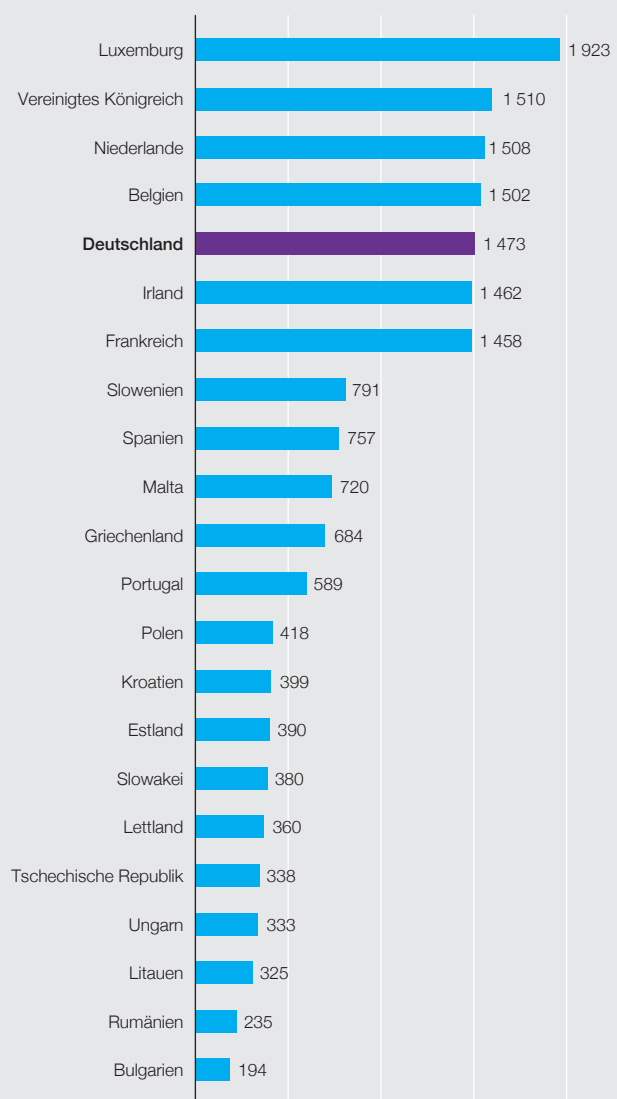
Teilzeitarbeit ist eine Möglichkeit, Beruf und Privates zeitlich besser miteinander zu vereinbaren. Sie kann aber auch Nachteile mit sich bringen: Reduzierte Arbeitszeit bedeutet auf Teile des Lohnes

► **Abb 14** Gender Pay Gap: Unbereinigter geschlechtsspezifischer Lohnunterschied 2013 – in Prozent



1 2010.
2 2012.

► **Abb 15** Gesetzlicher branchenübergreifender Mindestlohn (brutto) 2015 – in Euro



Kein Mindestlohn in Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Schweden und Zypern.

und somit auch auf Rentenbeiträge zu verzichten. Teilzeitarbeit kann auch einen Karriereknick auslösen, denn Führungspositionen werden in der Praxis nach wie vor häufig mit Vollzeitbeschäftigten besetzt.

EU-weit ist Teilzeitbeschäftigung immer noch vorwiegend Frauensache. Am deutlichsten wird dies in den Niederlanden, wo 2014 in der Altersgruppe der erwerbstätigen 25- bis 49-jährigen Frauen mit minderjährigen Kindern 84 %

verkürzt arbeiteten. In Deutschland war der Anteil mit 67 % ebenfalls sehr hoch, ebenso in Österreich mit 66 %. In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas bewegten sich die Quoten hingegen im einstelligen Bereich. So arbeiteten in

Kroatien zum Beispiel nur 5 % der berufstätigen Mütter Teilzeit. Männer schränkten ihr berufliches Engagement mit der Vaterschaft hingegen kaum ein: Mit einer Ausnahme bewegten sich ihre Teilzeitquoten in allen EU-Staaten, für die Daten vorlagen, im einstelligen Bereich. Nur in den Niederlanden lag der Anteil der Teilzeit arbeitenden Väter bei 14 %. In Deutschland betrug er 5 %.

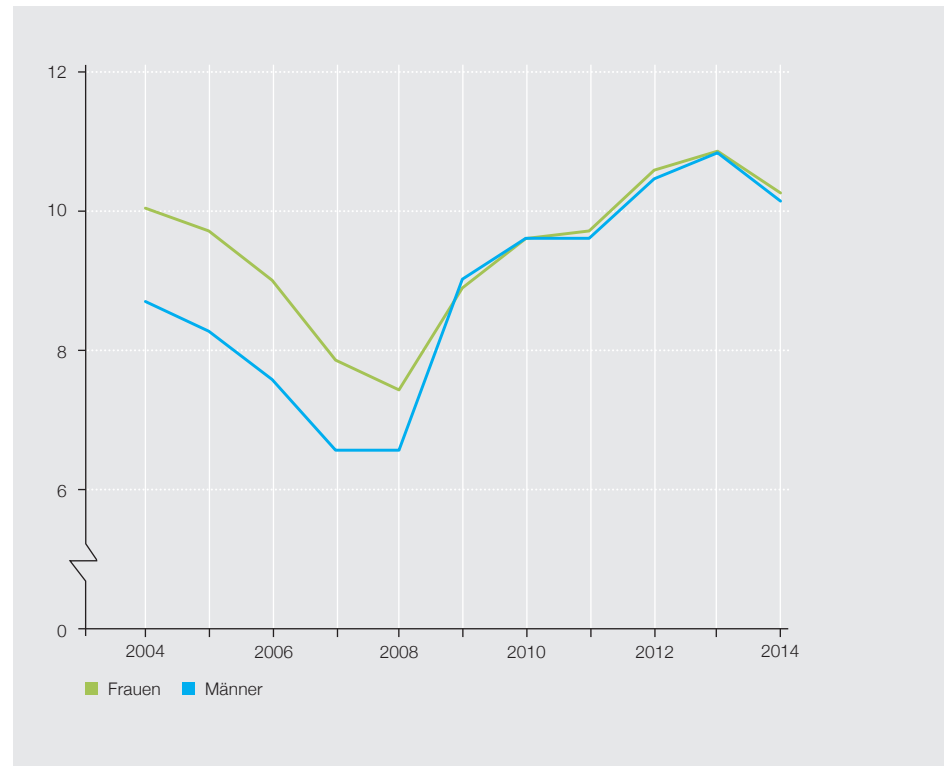
Mindestlohn

In 22 der 28 EU-Staaten galt 2015 ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn. Die Spannbreite war allerdings groß: So verzeichneten die östlich gelegenen EU-Staaten vergleichsweise niedrige Mindestlöhne von weniger als 500 Euro brutto im Monat. Das Schlusslicht bildete Bulgarien mit 194 Euro. In Westeuropa betrug der gesetzliche Mindestlohn ein Vielfaches davon, so zum Beispiel im Vereinigten Königreich (1 510 Euro) und Frankreich (1 458 Euro). Auch Deutschland hat zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn eingeführt. Die hierzulande gesetzlich festgelegte Untergrenze von 8,50 Euro je Stunde entspricht einem Monatsbruttolohn von 1 473 Euro (40-Stundenwoche multipliziert mit 52 Arbeitswochen dividiert durch 12 Monate). Das sehr unterschiedliche Lohnniveau spiegelt auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebenshaltungskosten in den EU-Staaten wider. Es ist aber auch eine politische Entscheidung: So betrug der Mindestlohn in Estland 2010 rund 40 % des medianen Bruttoverdienstes der Arbeitnehmer in der Industrie und im Dienstleistungssektor, in Deutschland waren es 49 % (Schätzung 2015) und in Frankreich 60 %. Der mediane Verdienst teilt die betrachteten Beschäftigten in genau zwei Hälften, das heißt, eine Hälfte der Beschäftigten verdient weniger und die andere Hälfte mehr als diesen Wert. ▶ Abb 15

Erwerbslosigkeit

Deutschland hatte 2014 die niedrigste Erwerbslosenquote der EU. Mit einem Anteil von 5,0 % lag die Quote nur halb so hoch

▶ Abb 16 Erwerbslosenquoten von 15- bis 74-Jährigen in der EU
– in Prozent der Erwerbspersonen

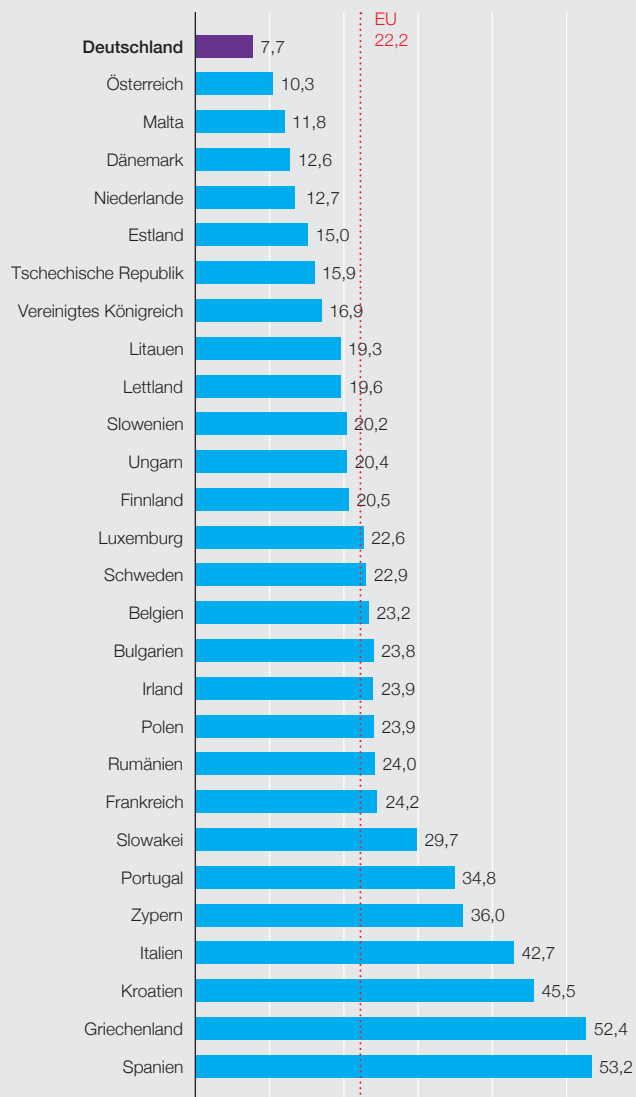


wie der EU-Durchschnitt (10,3 %). In zwölf EU-Ländern waren die Erwerbslosenquoten weiterhin zweistellig. Sehr problematisch war die Situation vor allem in Griechenland und Spanien, wo 26,5 % beziehungsweise 24,5 % der 15- bis 74-jährigen Erwerbspersonen auf Jobsuche waren. Frauen und Männer waren fast gleich häufig betroffen: Die Frauenerwerbslosenquote lag im EU-Durchschnitt bei 10,3 %, die der Männer bei 10,1 %. Vor Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war der Unterschied noch deutlich größer. Einer der Gründe für die Angleichung der Quoten könnte sein, dass Männer häufiger im Industriesektor arbeiten, wo in den vergangenen Jahren besonders viele Arbeitsplätze weggefallen sind. Frauen arbeiten hingegen öfter im Dienstleistungsbereich, der weniger von Kürzungen betroffen war. ▶ Abb 16

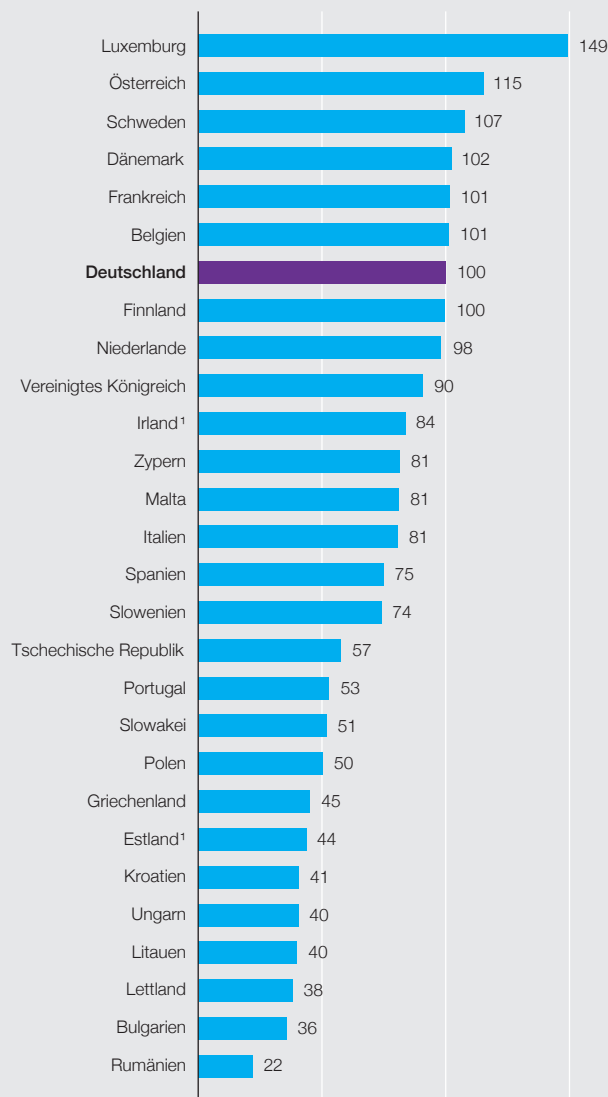
Jugenderwerbslosigkeit

Erwerbslosigkeit unter Jugendlichen ist in der EU stark verbreitet. In zahlreichen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Vor allem nach Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hat sich die Situation für junge Leute in weiten Teilen der EU signifikant verschärft. Erst im Jahr 2014 gab es wieder leichte Zeichen der Entspannung: Die EU-weite Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen sank im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte, lag damit allerdings immer noch bei 22,2 %. Besonders angespannt war die Situation für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger in Spanien und Griechenland, was im Zusammenhang mit der insgesamt ungünstigen Situation auf den dortigen Arbeitsmärkten steht. In beiden Ländern war

► **Abb 17** Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen 2014
— in Prozent



► **Abb 18** Einkommen von Personen ab 18 Jahren unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2014 — Index Deutschland = 100



Basis: Nettoäquivalenzeinkommen, nähere Erläuterungen siehe Kapitel 6.2, Seite 170, Info 3.
1 2013.

2014 immer noch mehr als jede zweite junge Erwerbsperson ohne Arbeit (Spanien: 53,2 %; Griechenland: 52,4 %). Deutschland hatte mit 7,7 % die EU-weit niedrigste Jugenderwerbslosigkeit. Auch Österreich verzeichnete einen vergleichsweise geringen Wert (10,3 %). ► [Abb 17](#)

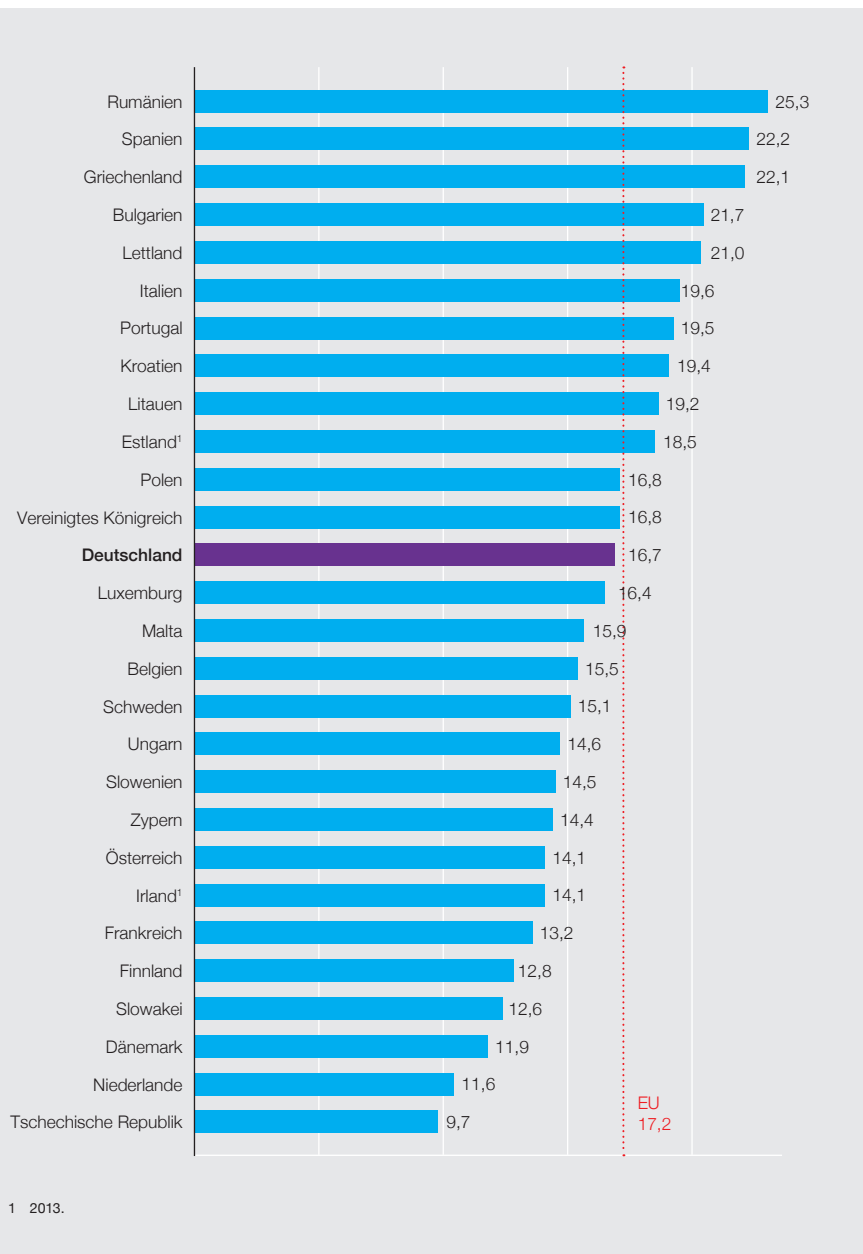
15.1.7 Private Haushalte: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung

Einkommen

In der EU existiert ein beträchtliches Wohlstandsgefälle. Zwischen den nördlichen und südlichen sowie den älteren

und neueren EU-Mitgliedstaaten gibt es erhebliche Einkommensunterschiede. Ob die Bevölkerung eines Landes finanziell gut oder schlecht gestellt ist, sich viel oder wenig leisten kann, ist jedoch nicht allein aus der Einkommenshöhe in Euro abzulesen. Dafür muss auch die Kauf-

► **Abb 19** Armutsgefährdungsquote 2014
– in Prozent



1 2013.

kraft des Geldes in den einzelnen Ländern beachtet werden. Demnach stehen die Deutschen im EU-Vergleich gut da: So verfügten die Menschen im Nachbarland Polen unter Berücksichtigung der Preisunterschiede 2014 nur über 50 % und damit die Hälfte des mittleren Ein-

kommens der Bevölkerung Deutschlands. Um 49 % höher als hierzulande war das Einkommen in Luxemburg; am geringsten in Bulgarien und Rumänien, die kaufkraftbereinigt nur 36 % beziehungsweise 22 % des Einkommens in Deutschland erreichten. ► [Abb 18](#)

Armut und soziale Ausgrenzung

Obwohl Europa zu den reichsten Regionen der Welt zählt, gibt es auch in den EU-Mitgliedstaaten Armut und soziale Ausgrenzung. Im Rahmen der Zukunftsstrategie der EU »Europa 2020« streben die EU-Staaten an, die Zahl der Personen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, bis 2020 zu verringern. Entgegen der Zielsetzung ist die Zahl zwischen 2010 und 2014 EU-weit allerdings von 118 Millionen auf 122 Millionen gestiegen. Zu dem betroffenen Personenkreis zählen Menschen, deren Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden oder in einem Erwerbslosenhaushalt leben.

Armutsgefährdung

Als armutsgefährdet gelten Menschen in der EU, wenn sie nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen weniger als 60 % des medianen Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung haben (siehe Kapitel 6.2, 169). Die Gefährdungsquote ist somit ein relatives Armutsmaß und die Armutsschwelle variiert von Land zu Land. Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote 2014 bei 17 %. Die EU-weit höchsten Armutsgefährdungsquoten wiesen Rumänien und Spanien mit 25 % beziehungsweise 22 % auf. In Deutschland waren 2014 rund 17 % der Bevölkerung betroffen. Am geringsten war der Anteil in der Tschechischen Republik mit 10 %. Aus einer niedrigen Armutsgefährdungsquote kann man jedoch nicht schließen, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgrenze lebt. ► [Abb 19](#)

Nach Haushaltstypen differenziert, waren in der EU 2014 alleinlebende Erwachsene deutlich häufiger armutsgefährdet als Erwachsene, die zu zweit lebten (alleinlebend: 25 %, zu zweit lebend: 11 %). Kinder und Erwachsene in Alleinerziehendenhaushalten waren besonders armutsgefährdet. Von ihnen waren im

EU-Mittel 32 % betroffen. Am deutlichsten über dem EU-Durchschnitt lagen hier Malta und Litauen (je 46 %) und Luxemburg (45 %). Auch in Deutschland waren 29 % der Personen in Alleinerziehendenhaushalten armutsgefährdet. In vielen Ländern galt: Je mehr Kinder im Haushalt, desto höher das Armutsrisiko. Im EU-Durchschnitt waren 13 % der Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind von Armut bedroht. Mit zwei Kindern lag die Quote bei 15 %, mit drei oder mehr Kindern verdoppelte sie sich fast auf 27 %. ▶ [Abb 20](#)

Erhebliche materielle Entbehrung

Innerhalb der EU waren 2014 vor allem in Bulgarien (33 % der Bevölkerung) und Rumänien (26 %) viele Menschen von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Aber auch in Ungarn (24 %) musste ein großer Anteil der Einwohner aus finanziellen Gründen auf viele Dinge verzichten. In Griechenland hat sich die Quote im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zwischen 2009 und 2014 von 11 % auf 22 % verdoppelt. In Deutschland waren 5 % der Bevölkerung von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Im EU-Durchschnitt waren es 9 %. Zur Definition von erheblicher materieller Entbehrung siehe Kapitel 6.2, Info 7, Seite 174.

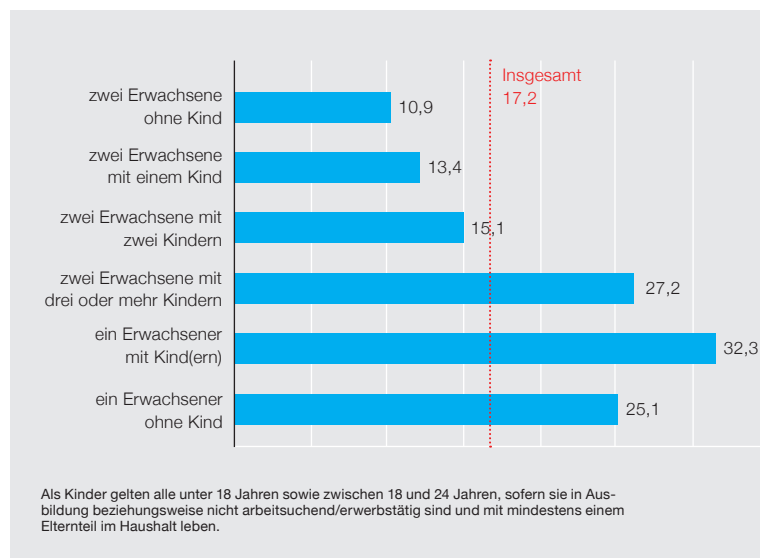
Erwerbslosenhaushalte

Erwerbslosigkeit erhöht die Armutsgefahr deutlich. Dabei sind nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern auch ihre Kinder von den finanziellen und sozialen Folgen betroffen. Rund 11 % der EU-Bevölkerung unter 60 Jahren lebten 2014 in einem sogenannten Erwerbslosenhaushalt. In Deutschland lag die Quote mit 10 % nur leicht darunter. In Erwerbslosenhaushalten waren die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr zusammen weniger als 20 % ihrer Arbeitszeit, die bei 12 Monaten je Erwachsenenem liegt, erwerbstätig.

Beengte Wohnverhältnisse

Wer nur über ein begrenztes Einkommen verfügt, ist oft auch in der Wohnungs-

▶ **Abb 20** Armutsgefährdungsquoten ausgewählter Haushaltstypen in der EU 2014 – in Prozent



größe eingeschränkt. Im Jahr 2014 lebten 18 % der EU-Bevölkerung in einer überbelegten Wohnung. Als überbelegt gilt eine Unterkunft, die folgende Mindestanforderungen nicht erfüllt: So soll unter anderem jeder Person ab 18 Jahren beziehungsweise jedem Paar ein eigener Raum zur Verfügung stehen und Kinder unter 12 Jahren dürfen sich höchstens zu zweit ein Zimmer teilen. Vor allem in den östlichen EU-Ländern leben viele Menschen in beengten Wohnverhältnissen. In Rumänien traf das 2014 auf 56 % der Bevölkerung zu. Auch in Ungarn, Bulgarien und Polen betrug der Anteil jeweils über 45 %. In Deutschland lebten 6 % der Bevölkerung in einer überbelegten Wohnung. ▶ [Abb 21](#)

Auszug aus dem Elternhaus

Im Jahr 2014 lebten EU-weit 29 % aller 25- bis 34-Jährigen noch mit ihren Eltern zusammen. Aufgrund der unterschiedlichen finanziellen und kulturellen Rahmenbedingungen variiert das Auszugsverhalten junger Menschen in der EU je nach geografischer Lage sehr deutlich. So sind »Nesthocker« in den nordeuropäischen Ländern eine Ausnahme: In Dänemark,

Schweden und Finnland lebten 2014 weniger als 5 % der 25- bis 34-Jährigen mit den Eltern zusammen, in Deutschland 18 %. In Kroatien (57 %), der Slowakei (54 %) und Griechenland (52 %) traf das hingegen noch auf mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen zu. In allen EU-Staaten lebten aber deutlich weniger junge Frauen noch bei ihren Eltern als Männer. ▶ [Abb 22](#)

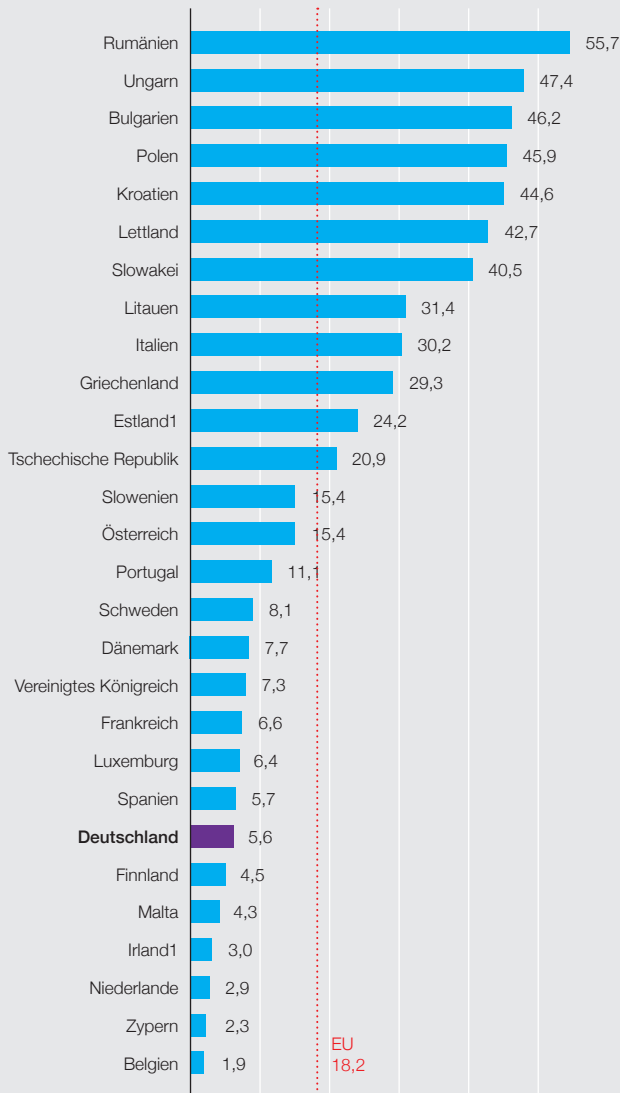
15.1.8 Gesundheit

Die Gesundheit genießt in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert, hat aber auch ihren Preis: Allein in Deutschland wurden 2012 mehr als 300 Milliarden Euro im Gesundheitsbereich ausgegeben.

Medizinische Versorgung

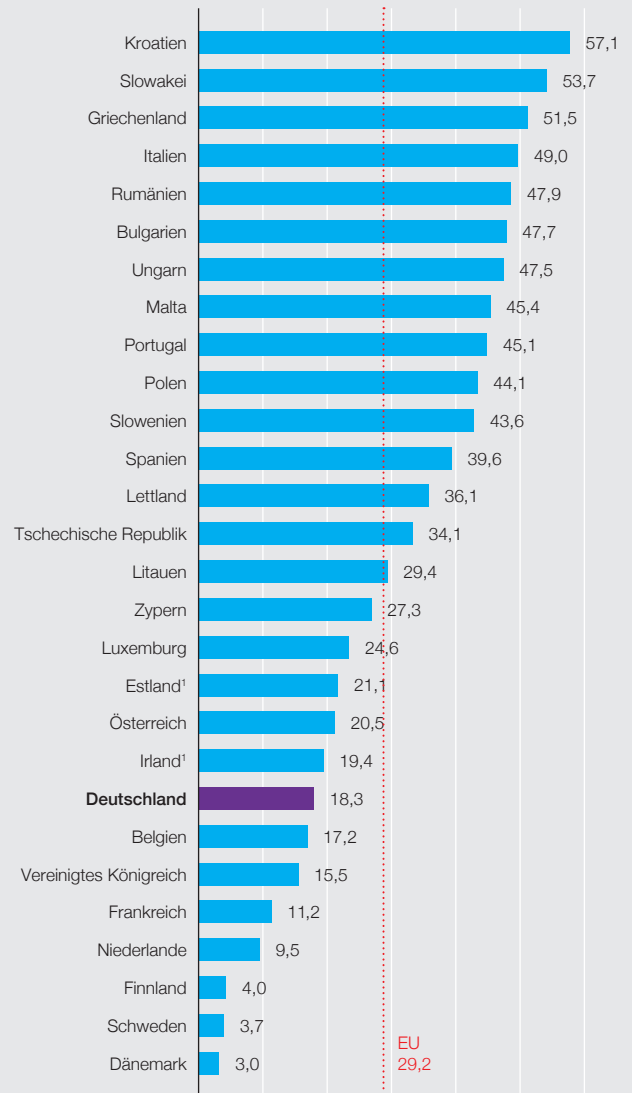
Mit 428 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten je 100 000 Einwohner hatte Litauen 2013 das dichteste medizinische Versorgungsnetz von den 22 EU-Ländern, für die aktuelle Daten zum medizinischen Personal vorlagen. Deutschland gehörte mit 402 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner zu den EU-Ländern mit hoher Ärztedichte.

► **Abb 21** Anteil der Bevölkerung, der in überbelegten Wohnungen lebt 2014 – in Prozent



¹ 2013.
Als überbelegt gilt eine Unterkunft, die bestimmte Mindestanforderungen nicht erfüllt. So soll unter anderem jeder Person ab 18 Jahren beziehungsweise jedem Paar ein eigener Raum zur Verfügung stehen, Kinder unter 12 Jahren sollen sich höchstens zu zweit ein Zimmer teilen.

► **Abb 22** 25- bis 34-Jährige, die bei den Eltern leben 2014 – in Prozent



¹ 2013.

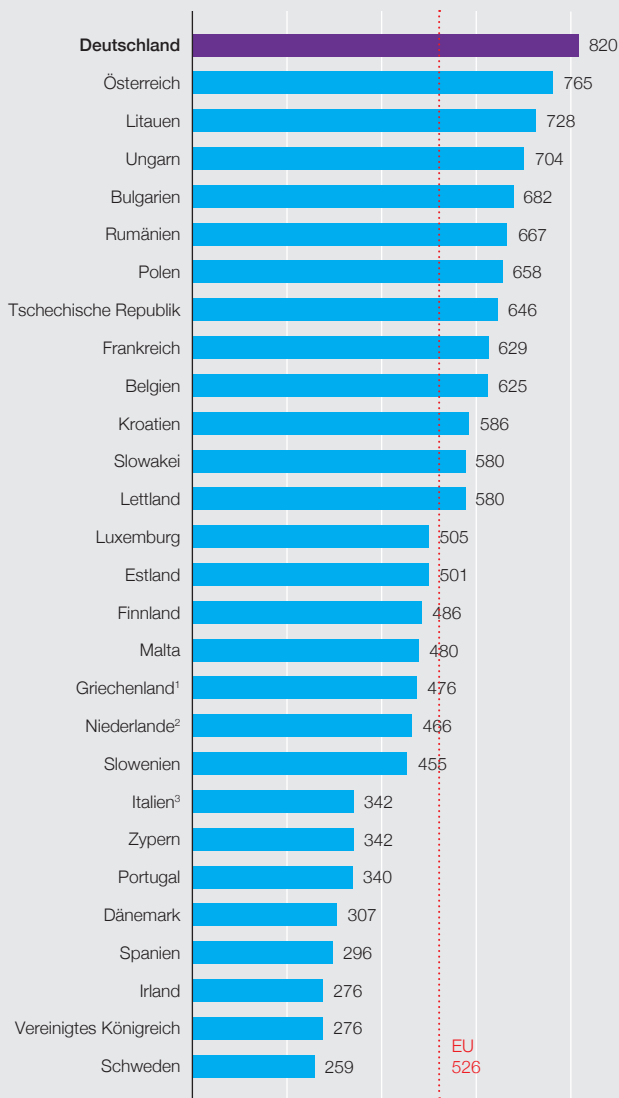
Bei der Zahl der Krankenhausbetten lag Deutschland 2013 EU-weit ganz vorn: 820 Betten je 100 000 Einwohner war der mit Abstand höchste Wert aller EU-Länder. Die geringste Zahl wies Schweden mit 259 Betten je 100 000 Einwohner auf.

In fast allen EU-Ländern hat in den vergangenen Jahren ein Bettenabbau stattgefunden. Sowohl der Kostendruck als auch effektivere Behandlungsmethoden haben die Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern verkürzt. ► [Abb 23](#)

Todesursachen

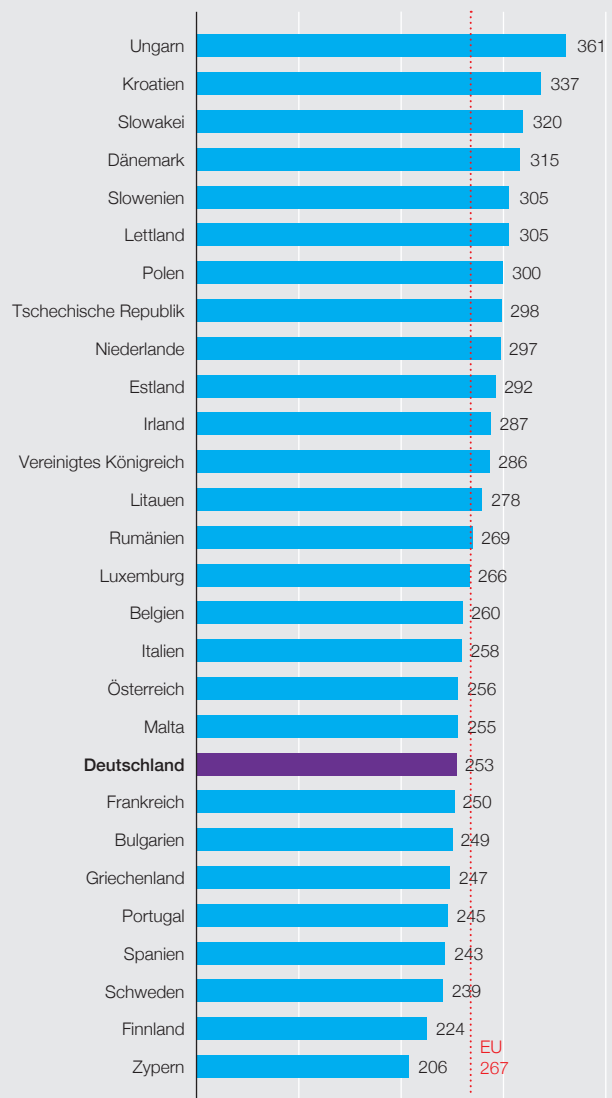
Todesursachen variieren stark nach Alter und Geschlecht. Für Ländervergleiche und Zeitreihen werden deshalb sogenannte standardisierte Sterbeziffern erstellt, die die Effekte der unterschiedlichen Alters-

► **Abb 23** Zahl der Krankenhausbetten 2013
— je 100 000 Einwohner



1 2011.
2 2009.
3 2012.

► **Abb 24** Krebs (Bösartige Neubildungen) als
Todesursache 2012 — Fälle je 100 000 Einwohner



beziehungsweise Bevölkerungsstrukturen neutralisieren. Zu den Haupttodesursachen in der EU zählten 2012 Krankheiten des Kreislaufsystems (394 Fälle je 100 000 Einwohner) sowie Krebs (bösartige Neubildungen) mit 267 Fällen je 100 000 Einwohner. In Deutschland lag die standardisierte Sterbeziffer bei Krebs mit 253 leicht unter dem EU-Durchschnitt. Viele mittel- und osteuropäische EU-Staaten, aber bei-

spielsweise auch Dänemark (315 Fälle) und die Niederlande (297 Fälle), wiesen hingegen überdurchschnittlich hohe Werte auf. Dies galt insbesondere für Ungarn, wo die Sterbeziffer bei Krebs mit 361 je 100 000 Einwohner weit über dem Niveau der anderen EU-Länder lag. ► [Abb 24](#)

Bei der Todesursache Kreislauf-Erkrankungen schwankten 2012 die Sterbeziffern in den EU-Staaten noch stärker.

Sehr hohe Werte verzeichneten insbesondere Bulgarien und Rumänien (1 168 beziehungsweise 1 039 Todesfälle je 100 000 Einwohner). Der Wert für Deutschland lag mit 253 ebenfalls über dem EU-Durchschnitt von 267 Todesfällen je 100 000 Einwohner. Am seltensten starben die Menschen an Kreislauferkrankungen in Frankreich (221 Todesfälle je 100 000 Einwohner).

15.2 Lebensqualität und Identität in der Europäischen Union

Angelika Scheuer
GESIS Mannheim

WZB/SOEP

Die Europäische Union geht mit dem Vertrag von Lissabon auf dem Weg zu einer »immer engeren Union der Völker Europas« einen großen Schritt voran. Die Weiterentwicklung der Integration hängt dabei nicht zuletzt von der Existenz gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ab, die nicht nur wohlfahrtsstaatlicher, sondern auch kultureller Natur sind. Die für die Legitimität des europäischen Regierungssystems notwendige Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration wird geprägt durch die Entwicklung der Lebensbedingungen und die Herausbildung einer europäischen Identität. Die Erfahrung von stetigem Wirtschaftswachstum, sinkender Arbeitslosigkeit und Ausbau des Wohlfahrtsstaates prägte lange in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung die Wahrnehmung der EU. Jedoch hat die 2007 einsetzende Finanz-, Euro- und Staatsschuldenkrise nicht nur frühere Wachstumserfolge und Konsolidierungsbemühungen zunichte gemacht, sondern auch die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten der Union verschärft. Dies stellt die Legitimität des europäischen Regierungssystems in Bezug auf die Zustimmung der Bürger zur europäischen Integration und des solidarischen Zusammenhalts der europäischen Gesellschaften auf eine Belastungsprobe. Die europäische Identität gilt als Ausdruck für die affektive Bindung der Unionsbürger an die europäische Gemeinschaft und für ihr gemeinsames Selbstverständnis als Europäer. Dieser Gemeinschaftsgedanke kann die Legitimität der EU auch in Zeiten der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der aktuellen Politik abfedern, wird längerfristig aber auch durch die politische Unzufriedenheit abgeschwächt. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Zufriedenheit der europäischen Bürger mit der Entwicklung der Lebensbedingungen, gefolgt von einem Blick auf die europäische Identität, betrachtet. Die Daten weisen dabei auf die Gefahren einer zunehmenden ökonomischen und politischen Spaltung innerhalb Europas hin.

15.2.1 Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen

Nach der Jahrtausendwende war durch die Osterweiterung der EU vor allem die Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West von Interesse. Angeführt wurde die Rangfolge der Wohlfahrt von den nordeuropäischen Ländern, gefolgt von den Ländern Westeuropas. Südeuropa hatte sich, auch durch den Euro, weit an westeuropäische Standards angenähert und wurde durch die mittel- und osteuropäischen Länder zunächst unterschichtet, dann teilweise überrundet. Die Finanz- und Eurokrise hatte vor allem in Südeuropa, aber auch in manchen postkommunistischen Ländern erhebliche negative Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand. Entsprechende Unterschiede lassen sich auch in der Zufriedenheit der Bürger in den verschiedenen Ländern mit ihren Lebensbedingungen beobachten.

Wie die Bürger die aktuellen Bedingungen bewerten und welche Erwartungen sie für die nächsten zwölf Monate hegen, ist in Tabelle 1 dargestellt. Die subjektive Bewertung der Lebensqualität im eigenen Land zeigt deutlich den Unterschied zwischen dem Norden und Westen einerseits und dem Süden und Osten andererseits. Die skandinavischen Länder stehen mit den Niederlanden, Luxemburg und Deutschland an der Spitze, wo über 90 % der Befragten die Lebensqualität in ihrem Land als »gut« oder »sehr gut« bewerteten. In den übrigen westlichen Ländern sind dies um die 80 %, während der Anteil in den östlichen Teilen Europas zumeist bei nur einem Drittel und bei den jüngsten Mitgliedern Rumänien, Bulgarien und Kroatien unter einem Viertel liegt. Ausnahmen von diesem Muster sind zum einen die vergleichsweise schlechte Bewertung der Lebensqualität in Frankreich und zum anderen ihre sehr gute Bewertung in Malta. Das beobachtete Gefälle zieht sich auch durch die Bewertung der Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie der persönlichen beruflichen Situation und der finanziellen Situation des Haushalts. Von einer dramatisch schlechten Arbeitsmarktlage berichten die Bürger in Süd-

und Südosteuropa, hier insbesondere in Griechenland, Spanien und Bulgarien, aber auch in Slowenien. Im Norden gehen die Finnen von einer schlechten, im Westen die Franzosen von einer sehr schlechten Arbeitsmarktlage aus. Vergleichsweise sehr gut bewertet ist die Lage in Deutschland, Dänemark und Malta. Der Vergleich zu den Bewertungen im Jahr 2005 zeigt die

teils dramatischen Veränderungen der letzten zehn Jahre. Die stärksten Einbrüche in der Bewertung der Arbeitsmarktlage lassen sich in Irland, Spanien und Zypern beobachten, aber auch in Finnland, Slowenien, dem Vereinigten Königreich und Italien gingen die Werte spürbar zurück. Eine massive Verbesserung hingegen ist in Deutschland und in Malta zu beobachten.

Die persönliche berufliche Situation wird zumeist deutlich besser beurteilt als die Arbeitsmarktlage, vor allem in Südeuropa (mit Ausnahme Griechenlands) und in Osteuropa (mit Ausnahme Ungarns). In Südosteuropa ist die berichtete persönliche berufliche Situation überwiegend schlecht. Am besten wird sie in Dänemark, Schweden und Österreich einge-

► Tab 1 Bewertung der aktuellen Situation und Erwartung für die nächsten 12 Monate nach Mitgliedstaaten 2015 – in Prozent

		Bewertung gegenwärtiger Bedingungen als »gut« ¹				Erwartung »besser« in 12 Monaten ²			
		Lebensqualität im Land	Lage auf dem Arbeitsmarkt ³	Persönliche berufliche Situation	Finanzielle Situation des Haushalts	Leben im Allgemeinen	Lage auf dem Arbeitsmarkt	Persönliche berufliche Situation	Finanzielle Situation des Haushalts
Nordeuropa	Dänemark	94	66 (-2)	82	93	35	47	21	28
	Finnland	91	18 (-13)	65	85	31	29	17	22
	Schweden	91	39 (+20)	82	90	41	24	28	29
Nordwesteuropa	Irland	77	38 (-45)	64	69	46	49	31	34
	Vereinigtes Königreich	75	47 (-11)	66	80	37	22	27	27
Westeuropa	Belgien	81	28 (+12)	69	73	29	23	20	20
	Deutschland	91	68 (+66)	72	82	20	14	18	15
	Frankreich	67	5 (+1)	53	68	37	26	26	28
	Luxemburg	91	53 (+2)	71	85	30	19	18	18
	Niederlande	92	39 (+1)	64	86	32	45	22	23
	Österreich	88	41 (+2)	77	76	26	24	18	21
Südeuropa	Griechenland	24	2 (-4)	28	27	22	20	13	17
	Italien	35	10 (-10)	49	57	30	32	24	25
	Malta	89	71 (+53)	69	84	34	36	22	24
	Portugal	32	8 (+5)	52	44	23	28	19	21
	Spanien	41	3 (-29)	53	59	31	33	26	26
	Zypern	38	9 (-32)	47	57	27	24	18	21
Nordosteuropa	Estland	52	30 (+5)	52	69	38	24	28	32
	Lettland	29	20 (+8)	55	57	34	26	24	29
	Litauen	39	31 (+8)	52	64	31	19	21	24
Osteuropa	Polen	36	23 (+20)	58	62	23	15	18	21
	Slowakei	31	9 (+3)	51	54	28	20	18	22
	Slowenien	37	5 (-12)	53	60	23	22	15	20
	Tschechische Republik	60	27 (+13)	57	65	22	21	14	17
	Ungarn	31	24 (+19)	38	47	21	20	14	19
Südeuropa	Bulgarien	11	5 (-1)	42	38	22	20	16	20
	Kroatien	23	10 (+9)	47	51	26	28	23	25
	Rumänien	21	11 (+3)	38	55	35	26	24	33
	EU 28	60	28	58	68	29	26	22	23

1 Anteil der Befragten, die die aktuelle Situation als »sehr gut« oder »ziemlich gut« einschätzen.

2 Anteil der Befragten, die in 12 Monaten eine bessere Situation erwarten.

3 Veränderung in Prozentpunkten gegenüber 2005 in Klammern.

Datenbasis: Eurobarometer 2015.

schätzt. Die finanzielle Situation des Haushalts schätzen die Bürger am schlechtesten in Griechenland, Portugal und Bulgarien ein, aber auch in Irland und Frankreich beurteilen sie viele als relativ schlecht.

Die Erwartungen einer Verbesserung in den kommenden zwölf Monaten fallen ziemlich verhalten aus; allgemein sind sie in Nord- und Nordwesteuropa am höch-

ten und in Osteuropa am niedrigsten. Auffällig ist, dass in Deutschland generell ebenso wenige Menschen Verbesserungen erwarten wie in Griechenland und den Ländern Osteuropas. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird am häufigsten in Dänemark, Irland und den Niederlanden erwartet, während die Befragten in Deutschland und Polen überwiegend mit

einer Verschlechterung rechnen. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der persönlichen beruflichen Situation ebenso wie eine Verbesserung der finanziellen Situation des Haushalts erwarten in Nord- und Westeuropa am häufigsten Iren, Schweden, Briten und Franzosen und in Osteuropa Esten, Letten, Kroaten und Rumänen. ▶ Tab 1

▶ Tab 2 Subjektive Lebensbedingungen und Lebenszufriedenheit nach Mitgliedstaaten 2014 – in Prozent

		Lebenszufriedenheit ^{1,5}	Zufriedenheit mit Haus/Wohnung ¹	Zufriedenheit mit Wohngbiet ¹	Sicherheit bei Dunkelheit ²	Zufriedenheit mit Lebensstandard ¹	Zufriedenheit mit Freizeit ¹	Gesellschaftliche Ausgrenzung ³	Subjektives Armutsrisiko ⁴
Nordeuropa	Finnland	95 (=)	97	98	98	90	85	6	9
	Dänemark	98 (=)	96	98	91	96	89	4	16
	Schweden	98 (+2)	96	96	90	97	81	7	14
Nordwesteuropa	Irland	90 (=)	95	94	84	87	83	10	30
	Vereinigtes Königreich	94 (+6)	94	93	80	90	80	11	29
Westeuropa	Frankreich	85 (+1)	94	92	79	79	75	10	36
	Deutschland	91 (+8)	92	92	81	87	77	11	27
	Österreich	92 (+6)	93	94	84	90	79	5	21
	Belgien	93 (+4)	91	90	82	87	75	12	23
	Niederlande	95 (=)	96	96	91	94	88	5	20
	Luxemburg	96 (+1)	96	96	85	93	77	5	22
Südeuropa	Griechenland	43 (-22)	81	67	61	55	66	10	56
	Portugal	50 (-10)	88	83	81	62	74	9	38
	Italien	66 (-7)	88	78	63	63	67	14	33
	Spanien	74 (-11)	92	85	79	70	75	5	43
	Zypern	82 (-2)	89	82	72	76	69	9	44
	Malta	91 (+6)	95	93	89	89	66	3	10
Nordosteuropa	Lettland	70 (+9)	74	69	72	60	65	12	48
	Litauen	72 (+19)	76	80	66	56	76	16	48
	Estland	78 (+11)	84	80	82	70	73	10	29
Osteuropa	Ungarn	62 (+8)	74	64	60	55	56	12	46
	Slowakei	72 (+9)	85	80	77	65	66	10	44
	Polen	79 (+11)	78	70	85	68	68	12	32
	Tschechische Republik	79 (-4)	86	95	78	73	75	9	19
	Slowenien	84 (-6)	89	84	93	74	74	5	37
Südeuropa	Bulgarien	44 (+15)	73	47	60	35	62	20	35
	Rumänien	55 (+11)	78	69	77	62	61	13	34
	Kroatien	67 (+1)	86	71	89	62	75	10	47
EU 28		80	89	85	77	76	74	10	32

1 Anteil der Befragten, die »sehr« oder »ziemlich zufrieden« sind.

2 Anteil der Befragten, die sich »sehr« oder »ziemlich« sicher fühlen

3 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen: Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgegrenzt.

4 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen: Ich sehe für mich das Risiko, von Armut betroffen zu werden.

5 Veränderung gegenüber 2005 in Klammern.

Datenbasis: Eurobarometer 2014.

In der allgemeinen Lebenszufriedenheit spiegeln sich die Rahmenbedingungen wider: In Nord-, Nordwest- und Westeuropa sind 90 % und mehr mit ihrem Leben zufrieden, einzig Frankreich weist eine geringere Lebenszufriedenheit auf. In Südeuropa zeigt sich die ganze Spanne von sehr großen Anteilen Zufriedener in Malta bis zu sehr geringen Anteilen in Griechenland, Portugal und Italien. In Nordost- und Osteuropa liegt der Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, auf einem mittleren Niveau, während er in Südosteuropa gleichauf mit den schlechtesten Werten in Südeuropa liegt. Die Veränderungen in den Anteilen Zufriedener gegenüber dem Jahr 2005 unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländergruppen: Im Norden und Westen Europas bleiben die Anteile weitgehend stabil, während sie im Osten Europas durchgehend leicht ansteigen und im Süden deutlich zurückgehen.

Bei den spezifischen Zufriedenheiten mit Wohnung, Wohngebiet und Lebensstandard zeigt sich ein ähnliches Bild mit einigen Abweichungen. Die Anteile der Zufriedenen mit dem Haus oder der Wohnung sowie mit dem Wohngebiet sind in fast allen postkommunistischen Ländern gering; nur Slowenien, Tschechien und Kroatien treten hier positiv hervor. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gefühl der Sicherheit im Dunkeln. Neben den Nordeuropäern fühlen sich die Slowenen, Niederländer und Kroaten zu rund 90 % sicher, während sich in Ungarn, Bulgarien, Griechenland und Italien nur rund 60 % bei Dunkelheit sicher fühlen. Die Anteile Zufriedener mit der zur Verfügung stehenden freien Zeit variieren nicht so stark zwischen den Regionen, folgen aber dem gleichen Muster: Vier Fünftel der Nord- und Westeuropäer sind zufrieden mit der freien Zeit gegenüber zwei Dritteln der Süd- und Osteuropäer.

Ein Zehntel der EU-Bürger fühlt sich gesellschaftlich ausgegrenzt. Am stärksten ist dieses Gefühl bei Bulgaren, Litauern und Italienern. Das Ausmaß der subjektiven Prekarität zeigt sich im subjektiven Armutrisiko. Ein Drittel der EU-Bürger

sieht sich von Armut bedroht. Jeder sechste Nordeuropäer, jeder vierte Westeuropäer und jeder dritte Nordwesteuropäer teilt diese Befürchtung. In Südeuropa und im postkommunistischen Europa befürchtet jeder dritte bis jeder zweite von Armut betroffen zu werden. Nur in Malta und der Tschechischen Republik ist diese Furcht geringer. ▶ Tab 2

Betrachtet man das Gesamtbild, so zeigt sich ein stabiles Gefälle von Nordwest nach Südost, wobei in Südeuropa viele Indikatoren auf gleichem Niveau liegen wie in Ost- und Südosteuropa. In Nordost- und Südosteuropa sind dabei die Hoffnungen auf Verbesserung am größten, während Teile Südeuropas, insbesondere Griechenland und Portugal, eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin schwierigen Situation erwarten. Eine Verschlechterung befürchten auch die Franzosen und Briten. Besonders auffällig ist jedoch der negative Ausblick der Deutschen, gerade auch vor dem Hintergrund der außergewöhnlich guten Gesamtsituation.

15.2.2 Einstellungen zu Europa

Die Europäische Union hat einen zunehmend sichtbaren Einfluss auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsländern. Entsprechend sind das Vertrauen in die europäischen Institutionen und die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU von wachsender Bedeutung. Betrachtet man die Einstellungen der Bürger zur EU, so zeigt sich ein anderes Muster als bei der Betrachtung der Lebensverhältnisse und auch ein anderes Bild als in früheren Zeiten. Bis vor der Krise wiesen die Südeuropäer die größte Europa-begeisterung auf, während die Gründungsmitglieder verhaltene Unterstützung und die Briten und Dänen die größte Reserviertheit zeigten. Die Bürger der postkommunistischen Länder sahen hingegen mit Hoffnung auf Europa. Heute finden sich in Südeuropa (mit Ausnahme Maltas) die EU-kritischsten Bürger. Nur rund jeder dritte Südeuropäer ist mit dem Funktionieren der Demokratie in

der Europäischen Union zufrieden, gegenüber jedem zweiten in den übrigen Teilen der EU. Die Briten zeigen ebenfalls geringe Zufriedenheit mit der EU-Demokratie und haben außerdem das geringste Vertrauen in die europäischen Institutionen. Das Vertrauen in das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank ist auch bei Spaniern, Griechen und Zyprioten mit Werten zwischen einem Fünftel und einem Drittel äußerst gering. Über die Hälfte der Bürger vertrauen diesen Institutionen in Nordeuropa, aber auch in den postkommunistischen Ländern liegt das Vertrauen zwischen 40 und 60 % und damit höher als in Deutschland oder Frankreich. Betrachtet man das Institutionenvertrauen im Zeitverlauf (hier nicht dargestellt), so zeigt sich ein deutlicher Einbruch in den Jahren 2011 bis 2013, insbesondere in den südeuropäischen Ländern sowie in Slowenien und der Tschechischen Republik. Seit 2014 erholen sich diese Werte wieder langsam, doch bleiben sie in Südeuropa deutlich hinter früheren Werten zurück. In diesen Ländern hat die Eurokrise einhergehend mit harten Sparpaketen ihren Tribut an Vertrauen in die europäischen Institutionen gekostet. Bei den jüngsten EU-Mitgliedern Rumänien, Bulgarien und Kroatien ist das Vertrauen hingegen hoch. ▶ Tab 3

Die Zufriedenheit mit einem politischen System ist auch davon abhängig, inwieweit die Bürger den Eindruck haben, dass ihre Stimme Gewicht hat und dass sie gegebenenfalls durch Aktionen und Interessengemeinschaften Einfluss auf die politischen Entscheidungen nehmen könnten. Dieses Gefühl, dass die eigene Stimme im politischen System der EU zählt, ist dabei nicht unabhängig von dem entsprechenden Gefühl in Bezug auf das politische System des eigenen Landes. Wie der Vergleich zwischen den EU-Ländern zeigt, korrespondieren beide Werte miteinander, wobei generell das Gefühl des politischen Einflusses im eigenen Land höher ist als in der EU. Auch hier führen die Länder im Norden und Westen Europas die Tabelle an: Mehr als vier von fünf Skandinaviern den-

► Tab 3 Einstellungen zur Europäischen Union nach Mitgliedstaaten 2015 – in Prozent

		Zufriedenheit mit EU-Demokratie ¹	Vertrauen in Europäisches Parlament ²	Vertrauen in Europäische Kommission ²	Vertrauen in Europäische Zentralbank ²	Stimme zählt in EU ³	Stimme zählt im Land ³	Mehr Kompetenzen zur EU ³	Image der EU ⁴
Nordeuropa	Dänemark	68	63	60	61	68	92	29	39
	Finnland	56	62	59	60	59	83	30	37
	Schweden	51	60	54	54	69	92	26	42
Nordwest-europa	Irland	58	49	46	40	48	61	64	57
	Vereinigtes Königreich	40	29	27	26	31	53	32	32
Westeuropa	Belgien	57	54	51	43	54	61	44	43
	Deutschland	48	47	39	32	58	76	45	45
	Frankreich	42	37	34	28	41	67	51	37
	Luxemburg	60	57	56	51	50	54	31	52
	Niederlande	50	54	55	55	59	82	58	42
	Österreich	45	41	39	40	46	75	62	29
Südeuropa	Griechenland	28	32	22	19	20	39	65	25
	Italien	40	42	39	35	26	27	47	38
	Malta	59	63	58	59	60	69	65	51
	Portugal	33	43	42	38	39	48	65	42
	Spanien	38	30	27	22	32	39	68	34
	Zypern	29	31	26	23	19	23	57	24
Nordosteuropa	Estland	53	50	48	45	27	41	60	49
	Lettland	59	45	43	38	23	38	58	39
	Litauen	64	65	63	56	34	34	44	55
Osteuropa	Polen	61	46	46	37	47	63	65	53
	Slowakei	45	51	46	45	40	57	48	38
	Slowenien	49	41	42	37	42	52	57	37
	Tschechische Republik	55	41	39	42	26	46	53	37
	Ungarn	52	60	60	46	47	49	73	43
Südeuropa	Bulgarien	57	56	52	46	48	46	66	55
	Rumänien	64	63	62	52	47	47	61	62
	Kroatien	63	53	49	39	64	72	47	47
EU 28		46	43	40	35	42	57	53	41

1 Anteil der Befragten, die »sehr« oder »ziemlich zufrieden« sind.

2 Anteil der Befragten, die den Institutionen »eher vertrauen«.

3 Anteil der Befragten, die der Aussage »voll und ganz« oder »teilweise« zustimmen.

4 Anteil der Befragten, die ein »gutes« oder »sehr gutes« Bild von der EU haben.

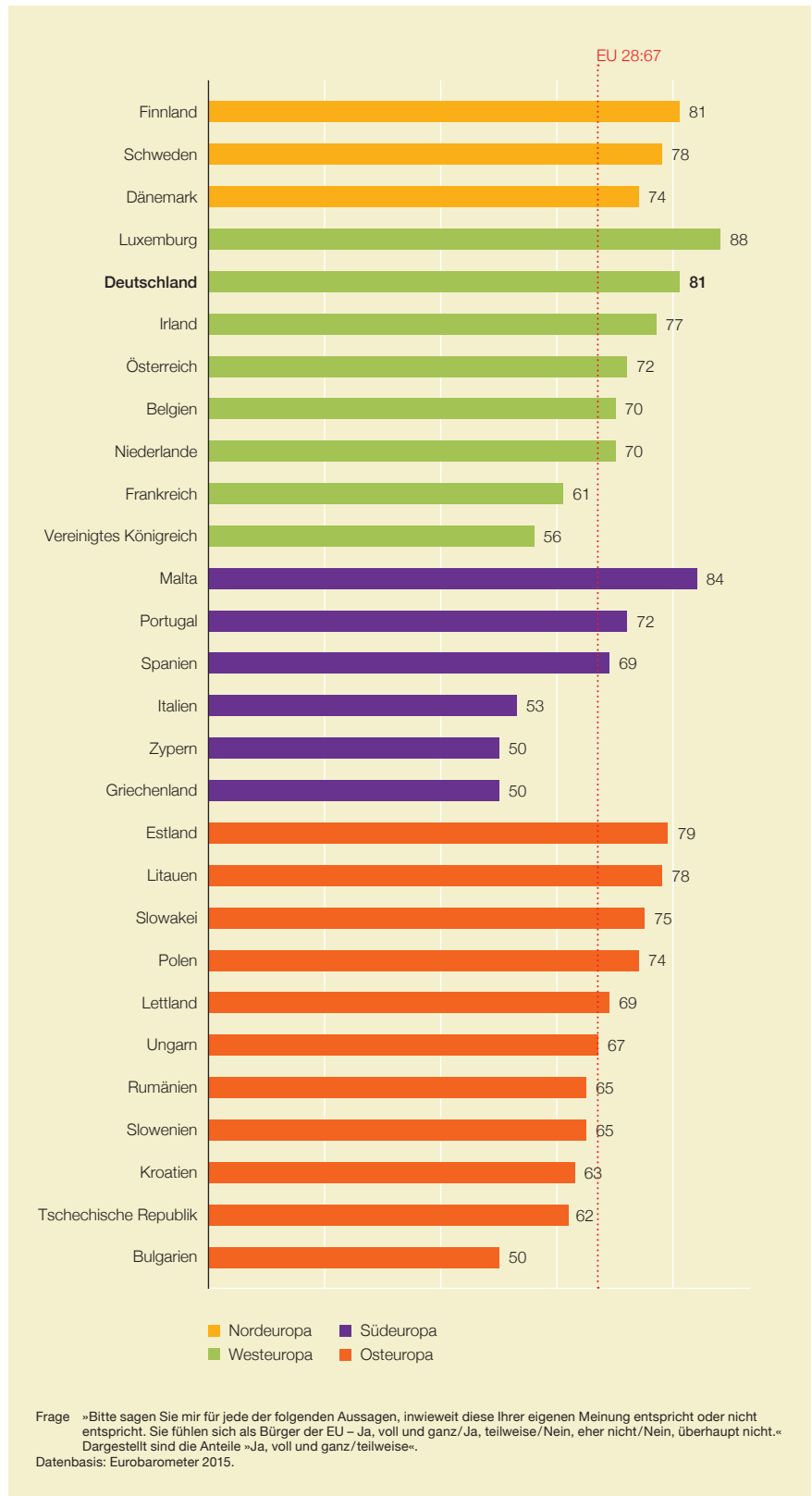
Datenbasis: Eurobarometer 2015.

ken, dass ihre Stimme in ihrem Land zählt, und rund zwei Drittel glauben das auch mit Blick auf die EU. Im Westen Europas sagen dies rund drei Viertel der Bürger über ihr Land und etwa die Hälfte in Bezug auf die EU. Eine Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich, wo nur die Hälfte

der Befragten meint, dass ihre Stimme im eigenen Land zählt und nur 31 % in der EU. Die Südeuropäer und die Balten betrachten sich hingegen auf beiden Ebenen zu großen Teilen als einflusslos; jeweils nur rund ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass seine Stimme im Land und in der EU

zählt. Die Ost- und Südosteuropäer sind hier etwas optimistischer; ungefähr die Hälfte der Befragten sieht Einflussmöglichkeiten im eigenen Land und in der EU. Bemerkenswert sind die positiven Einschätzungen der Ungarn, die sich auf westeuropäischem Niveau bewegen.

► **Abb 1 Selbstverständnis als europäischer Bürger nach Mitgliedstaaten 2015**
 – Anteil »ja, voll und ganz« und »ja, teilweise« in Prozent



Bei der Frage, ob mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert werden sollen, findet eine Umkehrung der bisher beobachteten Verhältnisse statt. Ablehnend sind hier in erster Linie die Bürger Nordeuropas und Großbritanniens, aber auch die Westeuropäer zeigen sich überwiegend zurückhaltend. Einzig bei den Iren und den Österreichern sprechen sich zwei Drittel für weitere Kompetenzverlagerungen aus. Die Befragten in den südlichen und östlichen Teilen Europas sind hingegen mehrheitlich dafür, mehr Kompetenzen auf die EU zu verlagern. Ausnahmen sind hier Italien, Litauen, die Slowakei und Ungarn.

Langjährige Eurobarometer-Zeitreihen zu den Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union wurden in den vergangenen Jahren eingestellt, sodass die Betrachtung im Zeitverlauf nicht fortgesetzt werden kann. Seit einigen Jahren wird in den Eurobarometern jedoch regelmäßig die Frage gestellt, ob die EU beim Befragten eher ein positives, ein neutrales oder ein negatives Bild hervorruft. Betrachtet man den Anteil positiver Nennungen im Ländervergleich, so lassen sich auf Länderebene keine Parallelen zu den Verteilungen der bisher besprochenen Indikatoren, in denen es im Wesentlichen um die Beurteilung der Lebenssituation geht, feststellen. Vielmehr kommt hier eine affektive Einstellung zur Europäischen Union zum Tragen. Diese ist in Südeuropa – insbesondere Griechenland und Zypern – äußerst kritisch, was sich mit den Folgen der Krisenpolitik erklären lässt. Diese hat eine deutliche Zäsur gesetzt, denn in früheren Jahren zeigten die Bürger in den südlichen Ländern den größten europäischen Enthusiasmus. Im Norden und Westen Europas haben die Bürger ein reserviert positives Bild, weniger hingegen in Österreich, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Ein besonders positives Bild von der EU haben die Mitgliedstaaten im Baltikum und in Südosteuropa sowie Irland, Luxemburg und Malta.

Abschließend soll die Frage der europäischen Identität betrachtet werden. Wie eingangs erwähnt, wird die Identifikation

als Ausdruck affektiver Zustimmung zur europäischen Integration und zur EU verstanden: In dem Maße, in dem die Bürger dem europäischen Projekt gegenüber positiv eingestellt sind, betrachten sie sich auch selbst als Teil des neuen politischen Systems. Gemessen wird die europäische Identität hier mit der Frage, ob sich die EU-Bürger selbst als solche verstehen. Auffällig ist die verbreitete Identifikation mit Europa bei den Bürgern in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas: Zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten fühlen sich als Bürger der EU. Darin sind sie gleichauf mit den Bürgern in Nord- und Westeuropa. Sogar die traditionell europakritischen Dänen sehen sich selbst zu drei Vierteln als EU-Bürger. Dagegen fallen diese Werte im Vereinigten Königreich und auch in Frankreich niedriger aus, unterboten nur von den Bürgern in Griechenland, Zypern und Italien. Betrachtet man die Entwick-

lung in Südeuropa im Zeitraum von 2010 bis 2015 (nicht dargestellt), so erkennt man, dass sich die Werte in Südeuropa bis 2013/14 abwärts entwickelt haben und die Entwicklung seitdem wieder leicht aufwärts gerichtet ist. ▶ Abb 1

In der subjektiven Bewertung der Lebensbedingungen der Europäer beobachten wir Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsländern, die eng der Wohlfahrtsentwicklung folgen, mit Nordeuropa an der Spitze, gefolgt von Westeuropa gegenüber Süd- und Osteuropa. In den politischen Bewertungen der Europäischen Union schlagen sich in Südeuropa die Folgen der Staatsschuldenkrise und Austeritätspolitik der letzten Jahre nieder. Die Bürger in den postkommunistischen Ländern tendieren eher zu einer hoffnungsvollen Haltung mit Blick auf zukünftige Entwicklungen. Unabhängig von traditionell europakritischen Haltungen, wie etwa im Vereinigten Königreich, haben Veränderungen von

Lebensstandard und Wohlfahrt langfristig sichtbare Auswirkungen auf die Zustimmung zur europäischen Integration und zur EU, sodass der Förderung von Wohlstand und Lebensqualität eine zentrale Rolle für das Gelingen des europäischen Projekts zukommt. Insbesondere die Situation von ungleicher Entwicklung, wenn manche Mitgliedsländer sich sehr positiv entwickeln, während andere schwere Krisen erleben, führt zu der Gefahr einer zunehmenden ökonomischen und politischen Spaltung innerhalb der EU. Somit bestätigt sich erneut, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten eine wichtige Voraussetzung für die weitere Vertiefung der europäischen Integration darstellt.